Preis: 1 Euro
Ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 Euro
Ich-fahre-nur-mit-meinem-SUV: 100 Euro

Ausgabe 2019.02

REVOLUTION

Internationale kommunistische Jugendorganisation

Erde statt Profite!

Gemeinsam unsere Zukunft retten: Klimakiller enteignen!

We are (the) REVOLUTION

Die Zeitung, die du in deinen Händen hältst, wird regelmäßig von einer Gruppe von Jugendlichen herausgebracht. Diese Gruppe nennt sich genau wie die Zeitung – REVOLUTION. Wir sind eine internationale kommunistische Jugendorganisation, die engagierte Jugendliche auf zwei Kontinenten organisiert.

Wir haben ein gemeinsames Programm, das wir uns selbst erarbeitet haben. Wir sind offen für jede Diskussion, aber wir stehen geschlossen hinter unseren Aktionen. Wie unser Name sagt, sind wir für die Revolution, für den Kommunismus. Eine gerechte und befreite Gesellschaft kann nur entstehen, indem der Kapitalismus von denen, die er unterdrückt, zerschlagen wird. Und der Kampf dafür beginnt jetzt, in konkreten Kämpfen, wie im Kampf der Refugees für volle Bürger_Innenrechte oder Seite an Seite mit Arbeiter_Innen aus aller Welt.

Wir haben wöchentliche Ortsgruppentreffen, auf denen wir gemeinsam diskutieren und Aktionen planen. Wir gehen auf Demonstrationen, unterstützen Streiks und bringen Flugblätter und eine Zeitung heraus, um neue Jugendliche und junge Arbeiter_Innen für unsere Ideen zu gewinnen. Wenn du unsere Ideen unterstützt, dann werde aktiv, organisiere dich gemeinsam mit uns!

Auch in deiner Stadt

Berlin | Bonn | Dresden | Frankfurt a.M. | Fulda | Greifswald | Jena | Kassel | Kiel | Leipzig | Hamburg| Stuttgart

Kontakt

germany@onesolutionrevolution.de
/onesolutionrevolution.germany
onesolutionrevolution.de

Redaktion:

Felix Ruga, Lars Keller,
Jaqueline Kathrina Singh

Inhalt

Internationales

Schule

Umwelt

Revo vor Ort

Antisexismus

Inland

DER NAME IST PROGRAMM:

the road to REVOLUTION

Hier in dieser Zeitung erfährst du nur einige Punkte und Positionen unserer Politik. Sie alle basieren auf unserem Programm, welches unsere heutige Situation mit dem Kampf um eine sozialistische Revolution verbindet. Allen Jugendlichen innerhalb der Sozialdemokratie, sowie in der radikalen Linken, wollen wir mit diesem Programm einen Diskussionsvorschlag bieten für den Aufbau einer tatsächlich revolutionären, unabhängigen Jugendorganisation – einer neuen Jugendinternationale. Wir fordern euch auf, es mit uns zu diskutieren und aktiv in die kommenden Auseinandersetzungen in der Krise zu tragen.

V.i.S.d.P. Annika Paulmichl, Eiergasse 2, Berlin

AfD auf dem Vormarsch:

AUSWERTUNG DER LTW IN SACHSEN & BRANDENBURG

Am 1. September fanden in Sachsen und Brandenburg die Landtagswahlen statt. Gleich vorweg: eine Regierungsbildung mit der AfD kann in beiden Bundesländern nahezu ausgeschlossen werden. Dennoch machen die vorläufigen Endergebnisse deutlich, dass der gesellschaftliche Rechtsruck weiter voranschreitet und dieser äußert sich vor allem in den Wahlerfolgen für die rechtspopulistische AfD. Sie konnte als einzige Partei in den Prozentpunkten zweistellig zulegen und ist sowohl in Sachsen wie auch in Brandenburg als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen. In Sachsen kommt die AfD demnach auf 27,5% (Vgl. 2014: 9,7%, +17,8%) und in Brandenburg auf 23,5 % (Vgl. 2014: 12,2%, +11,3%). In Sachsen konnte die regierende CDU (32,1%, -7,3%) und in Brandenburg die SPD (26,2%, -5,7%) sich zwar jeweils als stärkste Partei behaupten, beide mussten jedoch heftige Verluste hinnehmen.

In Sachsen erzielte die SPD mit 7,7% (-4,7%) das historisch schlechteste Ergebnis seit jeher. DIE LINKE verlor im Vergleich zur letzten Landtagswahl 7,9% und konnte mit 10,7% noch gerade so ein zweistelliges Ergebnis einfahren. Die Grüne konnte von der Klimakrise profitieren und kam auf 8,6% (+2,9%).

In Brandenburg erreichte die CDU 15,6% (-7,4%), DIE LINKE 10,7% (-7,9%), die Grüne 10,8% (+4,6%) und die Freien Wähler ziehen erstmals mit 5% (+2,3%) in den Landtag ein. Die FDP ist in beiden Wahlen knapp an der 5%-Hürde gescheitert.

PROGNOSE: WER REGIERT UNS JETZT?

Aufgrund der massiven Verluste für die Regierungsparteien und da sowohl die CDU in Sachsen als auch die SPD in Brandenburg einer Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch eine Absage erteilen, wird die Regierungsbildung besonders kompliziert. In Sachsen ist die Bildung einer sogenannten Kenia-Koalition, also eine Regierung aus CDU, SPD und Grünen, am wahrscheinlichsten. Eine Minderheitsregierung hat Ministerpräsident Kretschmer (CDU) ausgeschlossen. In Brandenburg wäre eine Kenia-Konstellation ebenfalls möglich, jedoch hätte auch Rot-Rot-Grün eine knappe Mehrheit. Doch egal wer uns in Zukunft regiert, drei Dinge stehen jetzt schon fest:

1. das bürgerliche Parteiensystem bröckelt, deutliche Regierungsmehrheiten, geschweige denn Einparteien-Regierungen, gehören der Vergangenheit an.
2. Ob Kenia-Koalition oder Rot-Rot-Grün: bürgerliche Parteien wie CDU, und Grüne handeln nicht im Interesse von uns Jugendlichen und ArbeiterInnen, sondern verfolgen eine neoliberale, oft auch rassistische (Abschiebungen, Asylgesetzverschärfungen) Politik im Interesse der herrschenden Klasse und unterscheiden sich von der rechtspopulistischen AfD bestenfalls durch die Verwendung einer zaghafteren Rhetorik.
3. Der eindeutige Wahlsieg für die AfD zeigt deutlich auf, dass es einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Rechtsruck gibt, dem die etablierten Parteien nichts entgegenzusetzen haben. Ganz im Gegenteil haben sie diesen mit ihrer neoliberalen Politik mit zu verantworten.

> DIE LINKE HAT VERLOREN, WEIL SIE NICHT RICHTIG AUF DIESE SITUATION ANTWORTEN KONNTE UND KEINE KLARE ALTERNATIVE BIETET.

WARUM VERLIERT DIE LINKE?

Während der Stimmverlust bei der SPD nicht schwer zu erklären ist, so ist es bei der Linkspartei doch ein bisschen komplizierter. Zwar verlor sie in beiden Bundesländern fast gleich an Stimmen, aber in Brandenburg weniger, wo sie seit Jahren an der Regierung ist - während sie in Sachsen sich noch an einer beteiligte.

Dies ist nur zur erklären, wenn wir zum einen die internationale Dynamik in der wir uns befinden miteinbeziehen. Der internationale Rechtsruck hinterlässt auch hier seine Spuren. Weltweit sind rückschrittliche, rechte Kräfte auf dem Vormarsch und Deutschland ist davon nicht ausgeschlossen. Deutlicher schlägt sich das im Osten nieder, da dieser nach der Wende eine massive Deindustrialisierung (Verfall der Infrastruktur, gezielter Abbau von Arbeitsplätzen) erlebte und immer noch unter den Folgen leidet.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass das Außenbild der Linkspartei angeknackst ist. Nachdem der Führungsstreit innerhalb der Partei halb nach Außen getragen wurde, scheint es so, dass man statt klar Position zu beziehen, versucht alle mitzunehmen. Sahra Wagenknecht für Jene, die auf rassistische, linkspopulistische Rhetorik stehen, Kipping und Bartsch Das schafft eine Art Ausrichtungsvakuum, was die Partei lähmt. Dabei schaffen es beide Positionen nicht der Lage gerecht zu werden.

DIE LINKE hat verloren, weil sie nicht richtig auf diese Situation antworten konnte und eine klare Alternative bietet. In Brandenburg wurde man erneut dafür abgestraft wurde, dass man sich an der Regierung beteiligte und Entscheidungen wie das Polizeigesetz, Abschiebungen und Sparmaßnahmen mitverantworteten. Denn auch in der Wahl davor verloren sie massiv an Stimmen.

Aber warum kam es denn in Sachsen zu einem ähnlich hohen Stimmverlust? Schließlich ist sie dort seit Jahren in der Opposition. Hier zeigt sich, dass was es schon seit 2014 gebraucht hätte: Eine antirassitische Bewegung.

Wichtige Themen wie die Einführung der 35-Stunden-Woche, Lohngleichheit

zwischen West/Ost Deutschland, massiven Ausbau der Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind strukturelle Probleme, die den Osten prägen. Sie müssen klar verbunden werden mit dem Thema Antirassismus. Beispielsweise in dem man versucht den kostenlosen ÖPNV für Alle durchführt und sich dafür einsetzt, dass Geflüchtete in die Gewerkschaften integriert werden um für einen gemeinsamen Mindestlohn und Arbeitszeitangleichung an den Westen zu kämpfen.

Diese Fragen hätten aktiv mit der Basisarbeit an Schulen, Universitäten und Betrieben verbunden werden müssen. Denn während diese bspw. in den Schulen kaum vorhanden sind, schrumpft die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Ostdeutschland stetig – und damit auch ihre Möglichkeit zu intervenieren und die Anbindung an die eigene Wähler_Innenschaft.

Denn die Aufgabe einer politischen Partei ist nicht nur, solidarisch gegenüber fortschrittlichen Bewegungen zu sein. Wer erfolgreich sein will, muss eine klare Perspektive aufzeigen, Kämpfe selber anfangen zu führen und beweisen, dass man die Interessen der Arbeiter_Innen und Jugend nicht für jede Regierungsbeteiligung bereit ist, über Bord zu werfen. Denn wer darauf steht, kann die SPD wählen. Doch statt sich darauf zu orientieren, ist auch DIE LINKE für viele Wähler_Innen in Ostdeutschland zu einer Partei geworden, die die kapitalistische Restauration mitverwaltet oder bei der man nicht die Hoffnung hat, dass sich Etwas ändert. Stattdessen punktet hier die AfD mit ihrem rassistischen Populismus und Slogans wie "Vollendet die Wende".

URSACHEN FÜR DEN RECHTSRUCK

Wenn wir von einem gesellschaftlichen Rechtsruck reden, meinen wir damit das weltweite erstarken rechtspopulistischer und faschistischer Kräfte infolge der Weltwirtschaftskrise. Nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise wurden überall die Verluste der Krise sozialisiert, genauer gesagt die Lasten der Krise auf den Rücken der ArbeiterInnen abgewälzt. Gleichzeitig wurden große Banken, die *„too* bog to fail" waren, mit massiven Finanzinvestitionen auf Kosten der Werktätigen gerettet und die Besitzenden konnten weiter horrende Profite einfahren. Die Krise zog nicht nur Arbeitsplatzvernichtung, die Ausweitung von prekären Arbeitsverhältnissen wie Leih- und Teilzeitarbeit, Lohnkürzungen, sogenannte Sparmaßnahmen und Sozialabbau nach sich, sondern verschärfte auch die internationalen Spannungen zwischen den imperialistischen Nationen, den untereinander konkurrierenden Regionalmächten und entflammte einen Kampf um die Neuaufteilung der Welt.

Vor dem Hintergrund dieser verstärkten Konkurrenz der kapitalistischen Staaten untereinander brachen regionale Kriege wie in Syrien, Jemen, Lybien usw. aus, die für die Flucht von Millionen Menschen maßgeblich verantwortlich waren. Während also einerseits die Kosten der kapitalistischen Krise überall der lohnabhängigen Bevölkerung in Rechnung gestellt wurden, profitierten andererseits vor allem rechtspopulistische Parteien von den Folgen dieser Krise, indem diese die sogenannte Flüchtlingskrise (eine unmittelbare Folge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise) gezielt für ihre rassistische Propaganda benutzten und damit von den tatsächlichen Ursachen der vorherrschenden Probleme ablenkten. Dies war insbesondere möglich vor dem Hintergrund des wiederholten Verrats der bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien (z.B. SYRIZA, SPD), die ja fleißig mitgeholfen haben, die Krisenkosten auf die Arbeiter_Innen abzuwälzen, statt den Kampf gegen diese Angriffe zu organisieren. Dass diesen Parteien kaum noch jemand glaubt, sie würden sich für die Interessen der Arbeiter_Innen einsetzen belegt nicht zuletzt die Katastrophe, die die Wahlen für die SPD, vor allem aber DIE LINKE bedeutet haben.

Die etablierten Parteien haben mit ihrer unsozialen, neoliberalen Politik zurecht viel an Zuspruch verloren und zugleich auf den Rechtsruck mit einer einer Anpassung der eigenen Politik und Rhetorik an die rassistische Stimmungsmache reagiert. Selbst innerhalb der Partei DIE LINKE wurden Stimmen nach einer Obergrenze für Geflüchtete laut. Der Rechtsruck vollzog sich also in allen Parteien und bestärkte die Wähler_Innen rechtspopulistischer Parteien, statt diese vom eigenen Programm zu überzeugen.

WAS KÖNNEN WIR DAGEGEN TUN?

Doch wie können wir den Rechtsruck aufhalten? Und vor allem: was kommt jetzt auf uns zu? Die kommenden fünf Jahre werden kein Zuckerschlecken für linke AktivistInnen. In Sachsen können die CDU und die AfD zusammen bequem Mehrheiten für reaktionäre, repressive Gesetze erreichen. Doch auch unter einer Kenia-Koalition (CDU-SPD-Grüne) würde mit hoher Sicherheit die bisherige neoliberale Sparpolitik fortgesetzt werden, auch eine Zunahme der Repression gegen Bewegungen wie Fridays For Future kann nicht ausgeschlossen werden. Selbst wenn in Brandenburg rot-rot-grün zustande kommt ist dies kein Grund zur Freude, wie vergangene und aktuelle, derartige Regierungskonstellationen eindrücklich zeigen (Arbeitsplatz-Abbau, *„Sparmaßnahmen"*, Privatisierungen, Abschiebungen, repressive Polizeieinsätze usw.). Um den Rechtsruck aufzuhalten braucht es eine breit aufgestellte, schlagkräftige linke Bewegung, die eine antikapitalistische und sozialistische Antwort auf die kapitalistische Krise selbstbewusst auf die Straße trägt und die in den Betrieben, Schulen und Unis verankert ist. Hierzu braucht es die Einheit aller Organisationen der ArbeiterInnenklasse in der Aktion, also die Zusammenarbeit der Gewerkschaften, linken Parteien und Gruppen, um eine soziale und antirassistische Bewegung, die imstande ist, dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen, aufbauen zu können. Wir müssen die fortschrittlichen Bewegungen, den Antirassismus und die Umweltfrage, miteinander in einen Zusammenhang bringen und mit einer antikapitalistischen Perspektive verbinden. Die eigentliche Schwierigkeit der kommenden Kämpfe wird darin liegen, dem Rechtsruck und Rassismus offensiv entgegenzutreten und gleichzeitig die notwendige Kritik an den künftigen bürgerlichen Regierungskoalitionen und ihrer neoliberalen Politik auf die Straße zu tragen. Denn eins ist sicher: Im Kampf gegen die Rechten, gegen den Klimawandel und für eine lebenswerte Zukunft dürfen wir uns nicht auf die bürgerlichen und reformistischen Parteien verlassen. Eine Zukunft ohne Rassismus, Klimawandel, Grenzen und Ausbeutung wird nicht durch alle 5 Jahre wählen gehen erstritten. Eine solche Zukunft können wir nur selbst erkämpfen.

Die Zerstörung der ~~CDU~~ Groko

Das Video des Youtubers „Rezo" mit dem Titel „Die Zerstörung der CDU" ging binnen kürzester Zeit im Netz viral und wurde mittlerweile über 15 Millionen Mal angeklickt. Der Junge mit den blauen Haaren und dem organgenen Hoodie erklärt darin in einer knappen Stunde, was die „großen Volksparteien" CDU und SPD in letzter Zeit alles für Mist gebaut haben, denn die CDU zerstöre „unser Leben und unsere Zukunft". Folglich rief er dazu auf, diese nicht mehr zu wählen. Die Führungsriege der CDU reagierte daraufhin planlos, unseriös und überfordert. Den Vogel schloss die CDU-Chefin Annegret Kramp Karrenbauer ab: Ihre Reaktion auf politische Kritik eines Jugendlichen war es, die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Internet vor anstehenden Wahlen zu fordern.

Scheinbar inspiriert von dieser Idee legte Innenminister Horst Seehofer noch Einen nach und empfahl den Messenger-Diensten, die Verschlüsselung von Nachrichten abzuschaffen, damit der Staat besser mitlesen könne. Was wir hier sehen sind keine politischen Ausrutscher. Die CDU will vielmehr zeigen, dass ein Ende der „Ära Merkel" in Sicht ist und sich die Partei für kommende Auseinandersetzungen mit politischen Gegner_innen bereit macht. Leicht hat es die CDU dabei nicht, denn die kommenden Zeiten sehen nicht rosig für die deutsche Wirtschaft aus. Die Wachstumsprognosen gehen zurück und es bahnt sich eine neue Wirtschaftskrise an. Wenn sich die internationale Konkurrenz verschärft, muss die herrschende Klasse in Deutschland nach innen und nach außen aufrüsten, um weiter auf der Weltbühne mithalten zu können. Während also die Rufe nach der weiteren Aufrüstung der Bundeswehr lauter werden, prüft die CDU schon einmal, wie sie so ankommt, wenn sie fordert, die Grundrechte politischer Gegner_innen einzuschränken.

Doch wie will sie ihre enttäuschten Wähler_innen weiter daran hindern, zur AfD abzuwandern? Massenentlassungen in der Metall- und Automobilindustrie wurden bereits wage angekündigt, insbesondere in Ostdeutschland, wo die Rechtspopulist_innen die CDU in Umfragen schon überholt haben. In Sachsen-Anhalt denkt die CDU deshalb bereits über Koalitionen mit der AfD nach und möchte nach Aussagen ihres dortigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden „das Soziale mit dem Nationalen versöhnen". Bei wem hier noch nicht die Alarmglocken schrillen, der* oder die* kann noch in einem aktuellen Interview mit Ex-Bundespräsidenten Joachim Gauck nachlesen, der ebenfalls eine „erweiterte Toleranz gegen rechts" forderte.

Blöd nur, wenn die rechten Freund_innen dann anfangen, die eigenen Leute abzumurksen. So wurde der Kassler CDU-Politiker Walter Lübcke am 2.Juni vom Neonazi Stephan Ernst per Kopfschuss getötet. Doch im Gegensatz dazu, wenn Geflüchtete, Migrant_innen oder Linke in Deutschland mal eine Straftat begehen, wurden im Fall Lübcke nicht alle Angehörigen einer Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht gestellt. Nein, in diesem Fall handelt es sich natürlich um einen Einzeltäter, der keinerlei Beziehungen zu rechtsterroristischen Netzwerken, die mit Polizei, Bundeswehr und Staat verstrickt sind, gehabt haben kann – NSU lässt grüßen.

Um das gruslige Erstarken der Rechten zu beobachten, müssen wir also nicht erst die kommenden Landtagswahlen in Thüringen abwarten. Dass dies sogar über die Nationalstaatsgrenzen hinweg passiert, hat zuletzt auch die Europawahl gezeigt. In fast allen Ländern konnten die Rechtspopulist_innen Stimmen hinzugewinnen, während die etablierten „großen Volksparteien" Stimmen verloren. Anhand dieser Wahlergebnissen können wir Eines klar und deutlich erkennen: Die wichtigsten Kapitalfraktionen in Europa sind sich unsicher, wie es mit der EU am besten weitergehen soll, damit sie weiterhin ihre Profite sicher einfahren können. Dabei setzen kleinere Kapitalfraktionen inzwischen auf die Rechtspopulist_innen, da sie durch deren Anti-Europa-Kurs ihre Stellung auf dem Binnenmarkt vor ausländischer Konkurrenz verteidigen wollen. Andere machen sich auch Hoffnungen in die neoliberale Politik der Grünen, die ebenfalls große Gewinne bei der Europawahl einfahren konnten.

Doch an Unentschlossen- und Paralysiertheit kann das bürgerliche Lager eigentlich nur noch vom sozialdemokratischen Lager übertroffen werden: Sowohl die SPD als auch die Linkspartei haben es nicht geschafft, Antworten für die drängendsten Fragen unserer Zeit (Klima, Rassismus, Migration, Zukunft der EU, ...) zu formulieren. Beide hat die Europawahl mit hohen Verlusten abgestraft. Für die SPD sieht es dabei besonders beschissen aus. Gegenüber der Europawahl 2014 verlor sie mehr als 11 Prozentpunkte und auch bei den diesjährigen Bürgerschaftswahlen in ihrer einstigen Hochburg Bremen verlor sie ganze 7,9 Prozent der Stimmen. Bei den im Herbst anstehenden Landtagswahlen droht der SPD sogar eine so krasse Niederlage, dass sie für ihre jahrelange Sozialkürzungs-, Privatisierungs- und Abschiebepolitik mit einstelligen Ergebnissen abgestraft werden könnte.

Angesichts dieser Katastrohe trat die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles von ihrem Amt überraschend zurück. Die Frau, die immer Befürworterin der Groko war und die SPD-Politik, die jahrzehntelang „Arbeitsmarktflexibilisierungsreformen", Kriegseinsätze, Privatisierungen, Sozialkürzungen und faule Kohlekompromisse durchgewunken hat, fleißig fortführen wollte, bekam nun ihre brutale Quittung. Hätte sie doch auf die Parteibasis und die No-Groko Kampagne gehört, über die sich die Parteiführung ignorant hinweggesetzt hat. Will die SPD in den Augen der Bevölkerung noch irgendwie als sozialdemokratisch erscheinen, muss sie endlich aufhören die bürgerliche Politik der CDU mitzutragen und darf sich nicht mehr hinter ihrem Gelaber von der „staatspolitischen Verantwortung" verstecken. Ihre einzige Chance ist der sofortige Austritt aus der Groko, denn mit jedem weiteren Tag in dieser Regierung schaufelt die SPD weiter an ihrem eigenen Grab.

Selbst wenn es die Groko noch irgendwie bis zum Ende des Jahres schaffen sollte, spätestens jetz nach den Landtagswahlen, da die SPD geschwächter ist und sich die Machtkämpfe innerhalb der CDU/CSU weiter zugespitzen werden, kann's richtig krachen. Unsere Antwort kann nur Widerstand heißen. Durch Aktionen in Schule, Uni und Betrieb müssen wir die SPD auffordern, endlich aus der Groko auszutreten und uns gleichzeitig gegen Rassismus, Umweltzerstörung und soziale Angriffe organisieren.

HONG KONG
VOLKSAUFSTAND GEGEN DAS ALTE REGIME

RESA LUDIVIEN & JAN MELANGE

Seit etwas mehr als 9 Wochen gehen die Menschen in Hongkong, einer Autonomie-Region und früheren britischen Kolonie, im Süden Chinas auf die Straße. Daran beteiligen sich bis zu 2 Millionen, der 7,3 Millionen Einwohner_Innen. Sie demonstrieren gegen die Einflussname der chinesischen Regierung in ihrer Stadt und für die Ausweitung ihrer demokratischen Rechte. Als Höhepunkt der Proteste wurde in der zweiten Augustwoche sogar der internationale Flughafen Hongkongs über mehrere Tage durch die Demonstrant_Innen blockiert. Der weltweit dritt größte internationale Verkehrsflughafen wurde damit zeitweise lahmgelegt und bei einer Blockade von Freitag bis Dienstag fielen knapp 1000 Flüge komplett aus.

WARUM DAS GANZE?

Auslöser der Proteste war eine geplante Gesetzesänderung, die eine Auslieferung von *„Verbrecher_innen"* bzw. alldenjenigen die aus der Sicht Beijingtreuen Hongkonger Regierung ein Verbrechen begangen haben, nach China ermöglichen sollte. Diese geplante Aufweichung, des Autonomiestatus und damit der Anfang dessen Endes, ist Grund für diesen massiven Aufschrei. Der chinesischen Justiz ausgeliefert zu werden, welche ganz eigene Maßstäbe setzt, wenn es um die Einschränkung, Verfolgung und Verschleppung von politischen Aktivist_Innen geht, führt vielen Hongkonger_Innen ihren privilegierten Status innerhalb der Volksrepublik vor Augen. Ein Status, der den Bewohner_Innen ein Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Ausübung der Religion oder das Versammlungsrecht gewährt. Dinge nach denen man im sog. Festlandchina lange suchen muss. Diese Sonderrechte sind Bestandteil, des mit dem Vereinigten Königreich 1997 ausgehandelten Vertrags, die die Rückgabe Hongkongs regeln sollte. Diese waren auf 50 Jahre festgeschrieben, stehen nun aber schon deutlich früher auf dem Spiel. Eine Entwicklung von der auch die Demonstrant_Innen wissen und weswegen sich die Proteste ausgeweitet haben. Ein weiteres Aufschieben des Gesetzes, durch die Vertretung der chinesischen Regierung in Hongkong, konnte die demonstrierenden Bewohner_Innen jedoch nicht stoppen. Derzeit halten die Proteste weiter an.

> HONG KONG IST EINES DER WICHTIGSTEN FINANZZENTREN DER WELT UND CHINAS GRÖßTER HAFEN.

WIE REAGIERT DER WESTEN?

Seit dem Beginn der Proteste in Hongkong sind immer wieder Bilder der Demonstrationen sowie dem brutalen Eingreifen der Polizei in den westlichen Medien. Die politischen Reaktionen halten sich allerdings zurück. Man will es sich mit China eben nicht verscherzen. Trump twittert scheinheilig *„er* hoffe niemand würde getötet" als China seine Truppen bei Hongkong sammelt. Der deutsche Außenminister Maaß rät Reisenden nach Hongkong ihre Flüge zu verschieben. Beides ´´unschätzbare´´ Hilfen für die Menschen Vorort, die ein Eingreifen westlicher Mächte oder Unterstützung aus Taiwan herbeisehnen. Solidaritätsbekundungen kann man lange suchen und das obwohl die Bevölkerung Hongkongs doch für die Rechte auf die Straße geht, die der Westen gerne hochhält, um sich als überlegen zu inszenieren. Zumindest so lange man diese Rechte als gute Ausrede benutzen kann irgendwo einzumarschieren oder Sanktionen zu verhängen, die letztlich nur den eigenen wirtschaftlichen oder politischen Zielen dienen. Da begnügt man sich lieber mit der Aussage der chinesischen Regierung, die die Demonstrant_Innen als Terrorgefahr für die Stadt einstufen. Damit belässt man sie als innere Angelegenheit Chinas. Im Notfall kann man sich stets auf die schlechte Informationslage berufen.

LAGE IN HONG KONG

Der entflammte Konflikt um die Autonomierechte der Stadt sind jedoch nicht der einzige Grund auf die Straße zu gehen. Durch den wirtschaftlichen Sonderstatus der Stadt und ihre gute Anbindung zu China ist der begrenzte Platz auf der Insel sehr begehrt. So hat sich der Mietpreis seit 2003 um ca. 300% gesteigert. Es ist nirgendwo auf der Welt so teuer Wohnraum zu bekommen wie in Hongkong, was die ärmere Bevölkerung auf engsten Raum, sogenannte *„Nanoapartments"* zusammenpfercht. Hinzu kommt eine stetig weiterwachsende Bevölkerung sowie die offensive Umsiedlung von Festlandchineses_Innen. Deren Ziel ist es wahrscheinlich die alten Strukturen und die Nähe zum Westen, die sich auch in den Köpfen widerspiegelt, zu brechen. Letzteres zeigt sich am Character des derzeitigen Protests, der weitestgehend bürgerlich ist und auch nicht über den Erhalt bürgerlicher Freiheitsrechte hinausgeht.

Die derzeitige Hongkonger Regierung glänzte immer wieder durch Abwesenheit, um sich dann klar zu Peking, und ihren Terrorismusvorwürfen, zu positionieren. Hier zeigt sich wieder, dass auch wenn es theoretisch freie Wahlen in Hongkong gibt, bei allen höheren Positionen, Peking das letzte Wort hat. Aus Peking weitet Präsident Xi seinen Einfluss in Festlandchina über die Einführung des *„Social* Credits Systems" aus. Ein Einfluss der auch in großen Teilen der Welt über Südamerika, Afrika und Zentralasien

> EIN ERFOLGREICHER PROTEST BENÖTIGT DIE ARBEITERKLASSE, UM RELEVANTEN DRUCK AUZUSÜBEN.

entlang der „*neuen* Seidenstraße" zu spüren ist. Hier würden Zugeständnisse an ein so kleines Gebiet wie Hongkong die Verhandlungsposition in anderen Regionen schwächen, was sich Xi nicht leisten kann. Vor der Perspektive von erfolgreichen Protesten in der Einflusssphäre Chinas riskiert er die gesamte Machtposition der Zentralregierung. Doch Hong Kong ist eben nicht nur eine kleine, unbedeutende Stadt, sondern auch eines der wichtigsten Finanzzentren der Welt und Chinas größter Hafen.

In Hong Kong selbst sind die Fronten nicht so klar. Neben der Polizei und, den Demonstrant_Innen gibt es mindestens noch eine weitere Gruppe von Akteur_Innen. Die Farbe der Bewegung ist schwarz, die Farbe der Regierungsbefürworter_Innen hingegen weiß und eben jene „*white* shirts" zogen wie ein Mob durch die Straßen Hongkongs auf der Jagd nach Regierungsgegner_Innen. Sie wollten mit einem Angriff auf eine U-Bahnstation die Gunst der Pekinger Regierung gewinnen und ihre kriminellen Machenschaften absichern. Am 17. August gab es dann auch eine regierungsfreundliche Demonstration, die laut der ARD-Korrespondentin etwa 10.000 Teilnehmer_Innen groß war. Allerdings steht hier die Frage im Raum inwiefern es sich hierbei um freie Demonstrant_Innen handelt, da wohl auch viele gar keine Stadtbewohner_Innen waren. Dass die Führung in Beijing versucht so die Einheit der Regierungsgegner_Innen zu brechen ist daher wahrscheinlicher.

DIE LAGE SPITZT SICH WEITER ZU – WAS TUN?

Der Flughafen stand still, immer mehr Demonstrant_Innen werden verhaftet und das chinesische Militär bezieht nahe Hongkong Stellung – eine Eskalation wird immer wahrscheinlicher.

Beijing hat seine Truppen vor den Toren Hongkongs, in der Stadt Shenzhen, stationiert. Ein Einmarsch scheint immer wahrscheinlicher. Westliche Beobachter_Innen halten ein zweites Tiannamen (blutige Niederschlagung der Studentenproteste 1989) für nicht unwahrscheinlich. Doch auch nach Angaben von der politischen Führung in Beijing sei das Gewaltmonopol der Hongkonger Polizei noch nicht gänzlich ausgespielt und die Angst vor Toten wächst auf Seiten der Bevölkerung.

Trotz der drohenden Eskalation gehen weiter Massen von Menschen auf die Straße. Die Frage nach einer Perspektive: „*Was* kommt danach? Und wie machen wir weiter?" treiben die Demonstrat_Innen weiterhin an. Die Proteste sind Ausdruck der Perspektivlosigkeit vieler Menschen in Hongkong und China. Die eher unpolitischen Proteste im Zuge des Auslieferungsabkommens beginnen sich zu wandeln. Angesichts brutaler Polizeigewalt ist die Augenklappe ein Symbol der Proteste geworden. Hintergrund dessen ist, das ein Mädchen durch ein Polizeiheschoss ein Auge verlor. Eine klare politische Perspektive wohin die Proteste gehen gibt es jedoch nicht. In erster Linie gehen die die Menschen hier eben für den Erhalt bürgerlicher Freiheitsrechte auf die Straße. Doch diese Gruppe an Menschen – zum großen Teil Studierende aber auch Teile der oberen Mittelschicht, etc. – allein wird es nicht schaffen der Pekinger Regierung etwas entgegenzusetzen. Auch auf das Eingreifen westlicher Mächte können sie lange warten. Ein Funken Hoffnung glimmt jedoch in der Verbindung der Proteste mit sozialen Kämpfen auf dem Festland. Ohne diese Verbindung zur Arbeiter_innenklasse, gibt es für die Proteste zwei realistische Alternativen 1: Massenhafte Festnahmen und Tote oder 2: Massenhaft Festnahmen und das Einknicken der Bewegung.

Die in Hongkong geforderten Rechte sind auch für die Festland Chines_Innen durchaus ansprechend. So sind Polizeiwillkür und Scheinwahlen auf dem Festland die Normalität. Auch die Diskriminierung weiter Teile der (nicht städtischen) Arbeiterklasse durch den sog. „*Hukuo*" kann eine Perspektive für die Verbindung der Kämpfe geben. Der „*Hukuo*" bestimmt dabei ob ein Mensch in einer Stadt oder auf dem Land leben darf und drängt so viele Chines_Innen in die Illegalitä, die für eine bessere Jobperspektive in die Städte gehen. Das bedeutet die Trennung vieler Familien über tausende Kilometer hinweg und ein prekäres Leben im Untergrund.

Die Hongkonger Forderungen greifen dies jedoch nicht auf und es gilt diese sinnvoll zu erweitern, um einen Erfolg der Proteste zu ermöglichen. Die Forderungen der Hongkonger Gewerkschaft sind im Folgenden kurz aufgeführt.

- **Stoppt das Auslieferungsgesetz**
- **Freilassung der gefangenen Demonstrat_Innen**
- **Aufhebung des Aufstandsstatus der Proteste am 12th Juni**
- **Unabhängige Untersuchung des Machtmissbrauches und der Gewalt durch die Polizei**
- **Freie Wahl der politischen Vertreterinnen**

Auch diese Forderungen verdeutlichen noch einmal den bürgerlichen Charakter dieser Proteste, da diese nur auf die geplante Gesetzesänderung abzielen. Die Gewerkschaftsführung unterstreicht durch Ausbleiben von Wohnraumforderungen und der Weigerung zu mehr als den zentralen Aktionen zu mobilisieren das sie mit der Realität der Bevölkerung vor Ort wenig am Hut hat.

Ein Aufruf die Autonomierechte der Stadt nicht nur zu verteidigen, sondern auch auf weitere Regionen auszuweiten ist erforderlich, um Verbesserungen

für die Bevölkerung zu erkämpfen. Die Forderungen eins bis vier aus dem Katalog in derzeitiger Form erhalten lediglich den Status quo- allerdings der des *„Protestzustand“* und nicht mal den vor der Ankündigung der Gesetzesänderung- und Verteidigen die aktuellen Proteste. Sie zeigen keine Perspektive für den demokratischen Kampf der Massen und die Verteidigung gegen weitere Angriffe. Die in Punkt fünf geforderten Wahlen politischer Vertreter war schon eingeschränkt möglich, jedoch sollten diese auch ohne Vorauswahl der Kandidaten und Einflussnahme aus Beijing stattfinden.

Die Reaktion der Präsidentin Carry Lamm sich zurückzuhalten und im Sinne Pekings und nicht für Hongkong zu entscheiden zeigt, das diese sofort abgesetzt werden muss. Eine demokratische Kontrolle Hongkongs durch die Bevölkerung mit wähl- und abwählbaren Strukturen ist als erster Schritt zur Selbstorganisierung erforderlich. Darüber hinaus ist die Errichtung von Selbstverteidigungsstrukturen zum Schutz der Arbeiterklasse vor Polizei und Mörderbanden unabdinglich. Da wo es geht müssen Verteidigungsmaßnahmen ausgeschöpft werden und eine Bewaffnung gegen kommende Angriffe stattfinden.

Ein erfolgreicher wirtschaftlicher Protest kann sich nicht nur auf bürgerliche Strukturen stützen, sondern benötigt die Arbeiterklasse, um relevanten Druck ausüben zu können. Nur sie haben die Mittel dazu. Eine Besetzung des Hongkonger Hafens zum Beispiel würde über internationale Gewässer hinweg Wellen schlagen und die Machtposition der Hongkonger Massen festigen. Neben *„Praktischen* Aktionen“ braucht es auch die Entwicklung eines Programms, welches über alle Kanäle in Hong Kong und der restlichen Volksrepublik verbreitet wird, was die Perspektive der Selbstorganisierung als Alternative zu Partei und deren Gewerkschaften überhaupt erst möglich macht.

WIR FORDERN:

- **Solidarität mit den Protestierenden und Gefangenen! Für die Freilassung aller politischen Gefangenen in China!**
- **Verteidigung und Ausweitung der Autonomierechte!**
- **Ausweitung der Proteste!**
- **Organisiert Selbstschutz, verteidigt euch und eure Stadt!**
- **Selbstorganisierung der Bevölkerung- ersetzt Carry Lamm!**
- **Blockiert den Hafen! Verbindet eure Proteste mit sozialen Kämpfen und den Kämpfen der chinesischen Arbeiter_Innenklasse!**

KLIMA & KAPITALISMUS

Wer immer noch nicht an den Klimawandel glaubt, sollte vielleicht einfach mal in den aktuellen Wetterbericht gucken. Dennoch wollen Einige – allen voran so manche_r Politiker_In - nicht verstehen, dass Händeschütteln mit Greta Thunberg und ein Kohleausstieg 2038 nicht die Erde retten können.

Was es braucht, sind radikale Maßnahmen, die sich nicht von Konzernen und Lobbygruppen einschüchtern lassen – jetzt sofort - und zwar nicht nur in der Klimapolitik. Dass unser aktuelles kapitalistisches Wirtschaftssystem und die Rettung des Klimas nicht miteinander funktionieren können, lässt sich in vielen Bereichen erkennen. Die Wichtigsten werden im Folgenden dargestellt:

WAS IST DIE AUFGABE DER PRODUKTION UND WELCHE ROLLE SPIELE ICH SELBST DABEI?

Natürlich ist es die Aufgabe einer jeden einzelnen Person, ihren Beitrag zu Rettung des Klimas zu leisten. Die entscheidende Frage dabei lautet allerdings: Wie viel kann man alleine ausrichten? Heutzutage werden uns allerlei *„Möglichkeiten“* geboten, unseren ökologischen Fußabdruck zu verbessern. Meist handelt es hierbei jedoch um *„Möglichkeiten“*, die für die meisten – gerade Arbeiter_Innen - keine finanzierbaren Alternativen darstellen. Zwar gibt es mittlerweile Bio-Supermärkte an jeder Ecke und vermehrt sogenannte *„Unverpackt“*-Läden, allerdings auch nur mittelgroßen bis großen Städten. Diese liegen jedoch nur im Budget der oberen Schichten. Zusätzlich erfordert das regelmäßige bzw. ausschließliche Konsumieren solcher nachhaltigen Waren einen enormen Zeitaufwand. Als vollzeitarbeitende, alleinerziehende Person ist es somit mehr als verständlich, erforderliche Lebensmittel etc. im Discounter um die Ecke zu erwerben. Ferner stellt unser individueller Konsum sowieso auch nur einen ziemlich unbedeutenden Teil der globalen Treibhausgasemissionen dar, verglichen mit dem, was die großen Konzerne ausstoßen.

Auch das Leben in sogenannten *„Öko-Kommunen“* stellt keine für die Allgemeinheit umsetzbare Alternative dar. Das grundlegende Problem liegt darin, dass es sich hierbei um ein individuelles Prinzip handelt, dessen globale Umsetzung utopisch ist, besonders weil dies nur für Menschen aus privilegierten Gesellschaften möglich ist und diese auf eine umliegende kapitalistische Produktion angewiesen sind.

Liegt also das Hauptproblem in der Produktion? Der Kapitalismus *„funktioniert“* nur durch stetiges Wachstum. In der Konkurrenz müssen sich die Kontrahent_Innen permanent ausstechen,

wer durch die stärkere Produktion mehr Marktanteile hat und dadurch mehr Profite einfährt. Die daraus resultierende Überproduktion hat natürlich auch fatale Auswirkungen auf die Umwelt. Es wird heute schon genug produziert, doch die Wirtschaft wächst immer weiter, während die Ungerechtigkeit der Verteilung die Befriedigung der Bedürfnisse aller verhindert, indem wir hier mit Angeboten überflutet werden und dort nicht alle Menschen satt werden. Natürlich könnte man dem durch sinnvollere, demokratische Ressourcenverteilung entgegenwirken, das bringt dann aber keine Profite mehr. Zudem sind diejenigen, die unsere Ressourcen am meisten verschwenden diejenigen, die zumeist selbst noch am wenigsten vom Klimawandel betroffen sind – die Bourgeoisie! Während vor allem die Bäuer_Innen in manchen Halbkolonien durch die enormen Klimaschäden kaum bis gar keine Ernte mehr erhalten, können die Reichen wegziehen oder sich durch z.B. stabile und klimatisierte Häuser das Leben angenehm machen. Somit liegt das eigentliche Problem darin, dass die Produktion im Kapitalismus nicht demokratisch organisiert und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Stattdessen zeigt im Kapitalismus erst im Nachhinein die Nachfrage auf dem Markt, ob es überhaupt sinnvoll war, diese und jene Ware herzustellen.

DIE VERKEHRSFRAGE

Eine der größten Umweltbelastungen neben der Industrie stellt das Verkehrswesen dar. Durch die Privatisierung der Bahn und die generellen Kosten für die Infrastruktur des Schienenverkehrs ist diese - gerade für etwas längere Strecken - kaum mehr bezahlbar. Dadurch profitieren natürlich die sogenannten *„Billigflieger“*, die durch geringe Steuern und dem kostenlosen Himmel deutlich günstiger kommen. Wenn ein Bahnticket das achtfache wie ein Flug kostet, ist es heutzutage eben üblich, dass man mal schnell von Berlin nach Köln fliegt. So entstehen weitere durchaus vermeidbare Belastungen für die Umwelt.

Abgesehen davon kommt es durch immer weiter ansteigende Preise für öffentliche Nahverkehrsmittel und teilweise sehr schlecht ausgebauten Verkehrsnetzen – gerade in ländlichen Regionen - zu immer mehr Individualverkehr, der wiederum die Feinstaubbelastung erhöht. Durch sinnvolle Investitionen und vor allem durch kostenlosen Nahverkehr ließe sich dieses Problem ebenfalls stark verringern. Das müsste durch starke Besteuerung der Reichen geschehen und das würde der mächtigen Autoindustrie den heimischen Markt abgraben. Diese Schwächung des Wirtschaftsstandorts Deutschland wird die Politik wohl kaum riskieren – auch wenn es sich hierbei um ein wesentliches Problem in der Klimafrage handelt.

INTERNATIONALES KLIMA

Der Klimawandel ist kein nationales Problem einzelner Länder. Selbstverständlich gibt es Angelegenheiten - beispielsweise der Nahverkehr - , welche sich nur auf lokaler bzw. regionaler Ebene regeln lassen. Dennoch sollte gerade Deutschland als eine der größten Exportnationen mehr Verantwortung übernehmen. Statt selbst vor der eigenen Haustür zu kehren, schieben Deutschland, aber auch andere große Exportnationen und Industrieländer den ärmeren Ländern die Schuld zu. Das Gemeine daran ist, dass ein großer Teil der umweltschädlichen Produktion in diesen Halbkolonien (wie bspw. Stahl, Textil- oder Sojaproduktion) selbst aus den imperialistischen Ländern dahin ausgelagert wurde und die größten Profite aus dieser Industrie auch nach wie vor in die Taschen der großen Monopolkonzerne fließen. Was fehlt, ist die Einsicht, dass die Rettung des Klimas nur auf internationaler Ebene stattfinden kann. Einem koordinierten internationalen Vorgehen steht dabei das globalisierte, auf Konkurrenz ausgerichtete Wirtschaftssystem entgegen, das einen Kampf gegeneinander erzeugt, wo eigentlich Zusammenarbeit nötig wäre.

WAS FEHLT, IST DIE EINSICHT, DASS DIE RETTUNG DES KLIMAS NUR AUF INTERNATIONALER EBENE STATTFINDEN KANN.

WELCHE ALTERNATIVEN GIBT ES?

Statt einzusehen, dass die kapitalistische Produktionsweise den Planeten zerstört, wird von der Bourgeoisie händeringend nach Alternativen innerhalb des Systems gesucht. Eines der neusten Projekte stellt dabei der sogenannte ,,Green New Deal'' dar. Das Grundkonzept existiert bereits seit 10 Jahren und zielt darauf ab, durch Reformen, Umverteilung und Investitionen eine gerechtere und grünere Gesellschaft zu erreichen, ohne jedoch das Privateigentum an Produktionsmitteln anzurühren. Seit diesem Jahre wird die Idee vom ,,grünen Kapitalismus'' immer populärer. Zur Europawahl startete z. B. DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025) eine reformistische Bewegung zur Verwirklichung dieses Konzepts. Mit der Unterstützung einiger Europaabgeordneter, vor allem der Grünen, wurden bereits eine Erklärung und 10 Säulen als programmatische Basis formuliert. Diese 10 Säulen beinhalten beispielsweise den Umbau von Kohlekraftwerken aber auch den Ausbau von Eisenbahnstrecken. Auch wenn der ,,Green New Deal'' Nachhaltigkeit und die Rettung des Klimas propagiert, werden Kompromisse mit Kapital und Profiten gemacht, die für unsere Misere verantwortlich sind. Konzepte wie der *„Bio-Diesel“* zeigen zum Beispiel, wie *„grüne“* kapitalistische Maßnahmen dazu führen, dass man in Deutschland zwar ökologisch tanken kann aber in Brasilien der Regenwald für diese Plantagen abgeholzt wird. Der Green New Deal stellt also keine Alternative dar und geht auf Kosten der Armen!

Was wir brauchen, ist keine weitere Kontroverse in diesem System, das bereits so viel Schaden angerichtet hat.

Was wir wirklich brauchen, ist eine grundlegende Veränderung, eine neue Wirtschaftsordnung – die demokratische Planwirtschaft. Im Gegensatz zu einem kapitalistischen System werden in der demokratischen Planwirtschaft die Ressourcen nach Bedürfnissen verteilt – nicht nach Kapital. Dadurch und durch die planvolle Einteilung unserer Umweltbelastung werden die Ressourcen nachhaltig genutzt. Demokratische Planwirtschaft heißt in diesem Falle nicht eine scheindemokratische Wirtschaft, in der eigentlich ein bürokratisches Oberkommando a là UdSSR die Entscheidungen „*im* Namen der Arbeiterklasse“ trifft. Demokratische Planwirtschaft bedeutet, dass die Arbeiter_Innen selbst Ausschüsse wählen, die die Entscheidungen in der Produktion treffen.

Somit ist es unsere Aufgabe, für ein nachhaltiges und gerechtes System zu kämpfen, indem wir uns der aktuellen Ordnung widersetzen. Erst auf diese Art und Weise ist es möglich, den Planeten zu retten!

FRIDAYS FOR FUTURE

Wie können wir gewinnen?

Nach etwa neun Monaten Fridays for Future in Deutschland sind wir nicht mehr wegzudenken! Trotz allen Gelabers, dass das mit der Energiewende „den Profis“ überlassen werden sollte, trotz diverser Drohungen von Schulleitungen und Kultusministerien, trotz aller blöden Kommentare, die wir uns anhören müssen, bloß weil man ein „total Strom fressendes Smartphone“ nutzt!

INTERNATIONALER KLIMASTREIK

Zu den großen internationalen Klimastreiks am 15. März und am 24. Mai gingen mehr als eine Million Jugendliche auf die Straßen. In Aachen waren wir am 21. Juni beim ersten zentralen europäischen Klimastreik rund 40.000 – ein großer Erfolg. Einen Tag später trugen wir unseren Protest direkt vor die Haustür des Rheinischen Braunkohlereviers – der größten CO_2-Schleuder Europas. Es gab sogar schon Streiks, die über den wöchentlichen Freitagstermin hinausgingen und einige Tage andauerten!

Aus der Bundespolitik erreicht uns angesichts der Mobilisierungserfolge von Fridays for Future nicht nur Kritik – von DIE LINKE über Grüne und sogar bis hin zur CSU erreichen uns Komplimente von BerufspolitikerInnen für unser „tolles Engagement“ und „Interesse an Politik“. Aber dieses ganze Geschwätz bringt uns nichts für unsere Zukunft. Das erkennen viele. Immerhin ist die Untätigkeit dieser parlamentarischen SchwätzerInnen überhaupt erst der Grund, warum wir zu Tausenden auf die Straße gehen!

Diese Untätigkeit trifft auf alle Parteien im Bundestag zu. Die AfD macht es sich am einfachsten und leugnet den menschlichen Einfluss auf das Klima. Aber auch die anderen kommen nicht gut weg: DIE LINKE und SPD haben in Brandenburg dem Ausbau des Tagebaus Welzow zugestimmt, die Grünen die Abholzung des Hambacher Forstes abgesegnet und das unsinnige Stuttgart 21 schließlich akzeptiert. CDU und FDP haben erst den Ausstieg aus der Atomkraft zurückgenommen, um dann nach dem Unfall von Fukushima das Ganze doch wieder umzudrehen – mit fetten Entschädigungen für die Konzerne. Außerdem beteiligten sich Grüne, SPD, CDU und FDP an dem faulen Kohlekompromiss (Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erst 2038) – genauso Greenpeace und BUND.

WAS BRAUCHEN WIR JETZT?

Viele in Fridays for Future stellen sich die Frage, wie die Bewegung vorankommen und siegen kann – so auch wir. Doch was wollen wir überhaupt erreichen? Bundesweit tritt Fridays for Future für die Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles, Ausstieg aus der Kohle bis 2030 sowie eine CO2-Nettonull bis 2035 ein. Einige lokale Gruppen wie z. B. Frankfurt am Main gehen bereits darüber hinaus und fordern die Gemeinden und Kommunen zum konkreteren Handeln auf. Es zeigt sich: Viele von uns geben sich nicht mit den wenigen bundesweiten Punkten von FFF zufrieden und treiben den Kampf auf lokaler Ebene weiter.

Weit verbreitet ist dabei das Mittel des „Klimanotstandes“. Derzeit läuft eine Petition, diesen bundesweit durchzusetzen. Ziel ist, Kommunen dazu zu verpflichten, aktiv gegen den Klimawandel vorzugehen. Wir finden, dass dies zwar eine nette Geste sein kann, aber auch leicht zur bloßen Symbolpolitik zu verkommen droht.

In Wirklichkeit müssen wir weitergehen, um das Übel an der Wurzel zu packen. Wenn Konzerne trotz aller Mahnungen nicht bereit sind, aus der Braunkohleverstromung auszusteigen, Banken weiter in Klimakiller investieren oder Industrien weiter auf Verbrennungsmotoren setzen, dann müssen wir die Frage stellen, wer eigentlich bestimmt, was für wen produziert wird und zu welchem Zweck?

Wenn für die Reichen der Profit über dem Klima steht, dann müssen wir dafür sorgen, dass ökologische Nachhaltigkeit und die Interessen der Lohnabhängigen Vorrang erhalten! Nur so kann eine ökologische Umstrukturierung der Gesellschaft erfolgen: Die ProfiteurInnen müssen zur Kasse gebeten werden, das Kapital muss unter ArbeiterInnenkontrolle enteignet werden. Nur so kann eine schnellstmögliche Energie- und Verkehrswende planmäßig und unter Kontrolle der lohnabhängigen Bevölkerung erfolgen – finanziert aus den Profiten und Vermögen der Reichen.

DEMOKRATIE UND AKTIVISMUS

Das sehen leider viele AktivistInnen in unserer Bewegung nicht so. Anfang August fand in Dortmund der Sommerkongress von FFF Deutschland statt. Wir haben dort als Teil der antikapitalistischen Plattform Changes for Future (CFF) teilgenommen. Ziel war es, mit dem individualisierten Streikverständnis zu brechen und mit klaren Forderungen den Gewerkschaften gegenüber aufzutreten und für den politischen Generalstreik zu kämpfen. Hierfür braucht es auch Forderungen, die nicht nur an die Politik appellieren, sondern eine Perspektive zur Umorganisierung der Produktion in Deutschland und global formulieren. Doch der Kongress glich einem Großevent und keinem Raum für Entscheidungen.

Wir denken, dass eine lebendige, breite Diskussion um die politische Ausrichtung der Bewegung entscheidend für die Entwicklung von Fridays for Future ist. So kann die Bewegung an der Basis verbreitert werden, sich gegen politische Angriffe rüsten und für Diskussionen mit ArbeiterInnen und Gewerkschaften aufstellen.

Um’s konkret zu machen: Wir sind dafür, dass Debatten und Abstimmungen nicht bloß auf Ortsgruppen oder Plena beschränkt sind – wenn sie dort überhaupt stattfinden -, sondern bereits auf den Kundgebungen und Demos oder unmittelbar danach in Versammlungen stattfinden.

Auch braucht es bei der gegenwärtigen Bewegungsdynamik regelmäßige bundesweite Konferenzen, die für alle SchülerInnen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern bezahlbar sind.

Wir müssen uns auch überlegen, wie wir auf vermehrte Drohungen über Bußgelder und Strafen von Schulleitungen und Kultusministerien antworten wollen. Auch hier liegt für uns die Lösung in einer möglichst breiten Verankerung der Bewegung auch in den Schulen selbst. Streikkomitees an Schulen können vor Ort Aktionen gegen Angriffe von DirektorInnen durchführen.

ILLUSIONEN

Hierfür braucht es einen Bruch in der Bewegung mit der Illusion, dass die Klimafrage alle gleich angeht und mensch die KritikerInnen nur noch überzeugen muss. Wir brauchen keine Bitten mehr, wir brauchen den geeinten Widerstand gegen jeden Versuch, die Bewegung und ihre AktivistInnen einzuschüchtern!

Kurz gesagt: Wenn sich 10.000 statt 500 lokal an Fridays for Future beteiligen, gibt’s auch mehr Leute, die was machen, diskutieren und vorantreiben wollen. Eben das muss sich in der Führung einer Bewegung widerspiegeln und kann auch nicht durch WhatsApp und Telegram ersetzt werden.

Schlussendlich sind die Formdebatten, die wir in FFF regelmäßig erleben, jedoch nur Ausdruck der politischen Stagnation der Bewegung. Sie nimmt sich die politischen Möglichkeiten und stellt sich hinter die Erkenntnisse einer scheinbar über den Klassen stehenden Wissenschaft, der die bürgerliche Politik nur zu folgen hätte. Das verkennt aber, warum die Regierungen dieser Welt weiterhin eine Politik an den Tag legen, die unsere natürliche Lebensgrundlage systematisch unterhöhlt. Dies liegt nicht an der fehlenden Erkenntnis, sondern am Gegensatz umweltschonender Produktion zum Gewinnstreben des Kapitalismus. Hierzu brauchen wir offene Debatten über das Programm der Bewegung. Dies ist die Schlüsselfrage der weiteren Existenz von Fridays for Future. Für uns ist dies die Verbindung der Klima- mit der Eigentumsfrage.

GLOBALER KLIMASTREIK – ABER WIE?

Der nächste große Mobilisierungsschwerpunkt für Fridays for Future ist der Globale Klimastreik am 20. und 27. September. Das bietet aus unserer Sicht gleich drei große Möglichkeiten für die Bewegung:

Erstens, weil der Klimawandel ein globales Phänomen ist und daher nicht in einem Land isoliert bekämpft werden kann.

Zweitens ist er aber nicht bloß ein weltweites Problem, er hängt auch unmittelbar mit Rassismus und Imperialismus zusammen. Warum ist das so? Nun, wenn zum Beispiel Menschen aus der Subsahara wegen Dürre fliehen müssen und dann auf die Festung Europa treffen, dann ist das Rassismus. Wenn umgekehrt reiche Länder – wir würden sagen imperialistische Länder – Produktionen in arme Länder (Halbkolonien) auslagern, Müll dorthin exportieren, Raubbau an den dortigen Ressourcen betreiben, dann verschärft das wiederum umgekehrt die dortigen schlechten Lebensverhältnisse.

Deshalb müssen wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe mit einem Kampf gegen Rassismus und Imperialismus

verbinden und ganz klar sagen: Grenzen auf! Klimawandel ist eine Fluchtursache! Zwangsläufig muss auch dieser ein internationaler sein, z. B. für bessere Lebensverhältnisse und gegen Überausbeutung in der halbkolonialen Welt.

Auch hierbei stehen uns wieder jene Konzerne entgegen, die von der Überausbeutung profitieren – auch hier sagen wir: Enteignung der Konzerne, Kontrolle der ArbeiterInnen über die Produktion und weltweiter, demokratischer Plan zur ökonomischen Entwicklung dieser Länder in Verbindung mit einem Notprogramm gegen die ökologische Katastrophe.

Drittens ist der Aufruf zum globalen Klimastreik ein Aufruf zu einem Generalstreik. Der umfasst nicht bloß SchülerInnen, sondern vor allem auch die, die all den Reichtum der Gesellschaft produzieren: die ArbeiterInnen.

WIE DIE ARBEITERINNEN MOBILISIEREN?

Nun stellt sich die Frage, wie können wir ArbeiterInnen und ihre Organisationen für den globalen Streik gewinnen? Ein erster wichtiger Schritt hier in Deutschland war und ist ein Aufruf linker GewerkschafterInnen, den Streik zu unterstützen. Wir sollten ihn möglichst weit zu streuen versuchen. Aber das allein wird nicht reichen. In Deutschland sind politische Streiks zwar nicht illegal, aber sie genießen nicht den Schutz, den Streikende in Tarifrunden haben. Die Führungen der Gewerkschaften wollen gegen die Situation praktisch nicht ankämpfen und versuchen im Gegenteil, die ArbeiterInnen vom politischen Streik abzuhalten.

Hinzu kommt, dass einige ArbeiterInnen uns feindlich oder skeptisch gegenüberstehen. Gerade die im Energiesektor oder in der Automobilbranche fragen natürlich: Wie behalte ich bei der Energiewende mein Einkommen oder meinen Job? Da bringt's uns nix, einfach zu rufen: „Es gibt kein Recht auf Kohlebagger fahren!". Wir müssen uns im Gegenteil darüber klar werden, dass der schnellstmögliche Ausstieg aus der Braunkohle (und jede ökologische Umstellung der Produktion) nur durch die ArbeiterInnen passieren kann, wir SchülerInnen dafür leider nicht über die Macht verfügen, aber auch nicht über das zur Umgestaltung der Produktion nötige Wissen der Lohnabhängigen.

Deswegen: Warum nicht mal eine Freitagskundgebung vor einem Braunkohlemeiler, einer Autofabrik oder einem Busdepot machen und die Diskussion suchen? Dabei müssen wir klar machen, dass wir die Bosse für die Energiewende zahlen lassen wollen und eine von den Beschäftigten selbst bestimmte Umstrukturierung der Produktion stattfinden soll. Oder warum nicht mal zu den Gewerkschaften gehen und sie auffordern, den Klimastreik einfach zu unterstützen und auf das eingeschränkte Streikrecht zu scheißen? Es gibt hierbei keine Garantie auf Erfolg, aber wir glauben, dass für FFFs eigene Zukunft als Bewegung entscheidend sein wird, von der SchülerInnenbewegung zu einer Bewegung der Arbeitenden und Jugendlichen global zu werden. Also müssen wir zumindest probieren, die offensten, radikalsten, jugendlichsten Teile der ArbeiterInnen zu gewinnen. Dass das möglich ist, beweisen die bereits jetzt schon vorhandenen Azubis und ArbeiterInnen, die sich solidarisch mit der Bewegung zeigen.

GEWERKSCHAFTEN ZUM KAMPF TREIBEN!

Die Gewerkschaftsführungen möchten diesen Kurs offensichtlich nicht zuspitzen. Dazu muss der Druck erhöht werden. Die SchülerInnen sollten sich dazu vor allem mit klassenkämpferischen KollegInnen verbinden. Dabei können wir daran anknüpfen, dass sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beispielsweise mit FFF und dem 20.9. solidarisiert. Ihr Bundesvorstand ruft jedoch gleichzeitig dazu auf, „sich am 20. September – außerhalb (!) der Arbeitszeit – an den Aktionen der Fridays for Future zu beteiligen" (ver.di-Bundesvorstand vom 26. August).

Der Beschluss von weiten Teilen von FFF, die Bezeichnung Generalstreik durch Klimastreik zu ersetzen, deckt diese Politik stillschweigend.

Für uns zeigt dies zweierlei auf. Zum einen ist die Notwendigkeit, aber auch das Potential, die Kämpfe gegen die Umstrukturierung des deutschen Kapitals (Stichwort E-Mobilität) mit jenen für das Klima zu verbinden, größer geworden. Das erkennen auch die Führungen der Bewegungen und die kämpfenden Teile ihrer Basis. Jedoch zeigt es andererseits auf, dass wir hier kein blindes Vertrauen in die Politik ebenjener Führung hegen dürfen, sondern wir uns an der Basis organisieren, Aktionsprogramme diskutieren, zu Versammlungen in den Betrieben und in den Schulen mobilisieren und letztendlich um die Führung des Widerstands kämpfen müssen. Dafür treten wir in Changes for Future ein, aber auch in der Gewerkschaftslinken wie bei der „Strategiekonferenz 2020".

UNSERE FORDERUNGEN:

- **Organisiert Streikversammlungen in der „Week 4 Climate“ an Schule, Uni und Betrieb!**
- **Lasst uns gemeinsam am 20. September streiken! Keine faulen Kompromisse – ob in der Gewerkschaftsführung oder in FFF! Baut eine klassenkämpferische, antibürokratische Basisopposition auf!**
- **Uns helfen keine „Klimanotstände“! Für ein Sofortprogramm zur Umstellung von Produktion und Verkehrssystem gemäß den Bedürfnissen der Arbeitenden und ökologischer Nachhaltigkeit!**
- **Für die Enteignung der Produktion aller klimaschädlichen Konzerne unter ArbeiterInnenkontrolle! Gegen die Umweltkatastrophe hilft nur die globale Planwirtschaft!**
- **Für einen globalen Plan zur Bewältigung der Klimakrise, erstellt durch die Organisationen und Parteien der ArbeiterInnenbewegung, der armen Bauern/Bäuerinnen und wissenschaftlichen ExpertInnen, die das Vertrauen der Bewegungen genießen!**
- **Organisierter Ausstieg aus der Stromerzeugung mittels hergebrachter atomarer Kernspaltung und Verbrennung von fossilen Energieträgern! Weiterbeschäftigung der Kraftwerksbeschäftigten zu gleichen Löhnen und Bedingungen!**
- **Einheitlicher Tarif für alle Beschäftigten in dieser Branche (Kohle, Atom, Windenergie etc.)!**
- **ArbeiterInnenkontrolle über Betrieb, Planung und Forschung unter Hinzuziehung von ExpertInnen, die das Vertrauen der Klasse genießen!**
- **Offenlegung der Geschäftsgeheimnisse, nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der technischen (Patente...) und damit Aufhebung der Konkurrenz darum!**
- **Weg mit den Rezepten des "grünen" Kapitalismus und dem EEG-Flickwerk (Zertifikate, Ökosteuer, EEG-Umlage, Stromsteuer)! Finanzierung des Kohleausstiegs durch Steuern auf Einkommen, Vermögen und Gewinne statt indirekter Massensteuern!**
- **Energiewende heißt: integrierter Plan, der auch Verkehr, Landwirtschaft und Industrie umfasst, nicht nur den Stromsektor!**
- **Ausbau des Öffentlichen und kostenlosen Personen-Nah-Verkehrs! Verstaatlichung aller Transport- und Energieunternehmen unter Arbeiter_innenkontrolle!**
- **Weltweiter Globale Klimagerechtigkeit jetzt! Entschädigung der Betroffenen durch die Konzerne, die den Schaden verursachen! Für einen internationalen Plan zur Reparatur der Umweltschäden und Angleichung der Lebensverhältnisse!**
- **Umweltschutz kennt keine Grenzen: Umweltkatastrophen als Fluchtursache anerkennen, offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für Alle!**
- **Ausweitung der FridaysforFuture Bewegung, für eine Perspektiv Konferenz zur Planung von Massenprotesten. Aufbau von basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen die Forderungen und Aktionskonkonzepte Diskutieren und Abstimmen!**

FridaysforFuture – sollen wir uns nur zum Klimaschutz positionieren?

Immer wieder gibt es in den Diskussionsgruppen diese Frage. Ein paar der Aktivist_Innen vertreten dabei die Meinung, dass wir uns nur zu Klimafragen positionieren sollten. Wenn wir andere Themen anschneiden und Klimaschutz mit anderen gesellschaftlich wichtigen Fragen verbinden, dann verschrecken wir Leute. Wir als REVOLUTION sehen das anders. Ein gutes Beispiel ist dabei die Frage von Antirassismus. Aktuell erleben wir ein erstarken der Rechten. Heißt das jetzt, das wir zu dem Thema schweigen sollten, nur damit ein paar Leute von der AfD oder CDU mitlaufen oder netter zu uns sind? Wir denken Nein. Klimaschutz und Antirassismus hängen zusammen. Hier nur ein Grund warum diese Frage so wichtig ist: Firmen lagern ihre Produktionsstandorte in Halbkolonien aus. Dies tun sie um Kosten zu sparen. Die Löhne sind niedriger und gleichzeitig gibt es weniger Auflagen, was den Umweltschutz angeht. So werden Textilfarben in Flüsse geleitet oder Müll nicht richtig entsorgt. Das beschleunigt die Umweltzerstörung in diesen Ländern, fördert Dürren oder Naturkatastrophen und ist letztendlich eine Fluchtursache. Also müssen wir uns hier in den imperialistischen Ländern besonders dafür einsetzten, dass der Kampf für unsere Umwelt auch mit Antirassismus verbunden wird. So sollten wir beispielsweise für offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für Alle einstehen um Geflüchtete mit in unsere Kämpfe zu integrieren und mit ihnen gemeinsam gegen die Umweltzerstörung hier und in ihren Ländern zu kämpfen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir glauben, dass nicht jeder das gleiche Interesse hat unsere Erde zu retten.

> 10% DER REICHSTEN WELTBEVÖLKERUNG SIND FÜR 50% DER WELTWEITEN CO2-EMISSIONEN VERANTWORTLICH.
>
> **Oxfam, 2018**

Wer hat das Interesse unsere Umwelt zu schützen?

Auf den ersten Blick lautet die Antwort natürlich alle. Denn wenn es hier den Bach runtergeht und wir unseren Planeten zerstört haben, leiden wir alle darunter. Egal wo wir wohnen, egal was wir arbeiten. Aber warum ist es denn so schwer unseren Verbrauch zu reduzieren und auf Nachhaltigkeit einzugehen? Ganz einfach: Es gibt Leute, die verdienen daran. Sie machen Profite oder sparen Kosten. Das liegt nicht daran, dass sie als Personen gierig sind, sondern dass es im Kapitalismus eben darum geht am meisten Gewinn zu erwirtschaften. Achtet man da auf seine Umwelt oder zahlt mehr Lohn damit sich mensch mehr leisten kann, dann verliert man im internationalen Wettbewerb, wird aufgekauft und verliert. Das ist aber nicht alles: Unserer Analyse nach sind politische Parteien Zusammenschlüsse die für bestimmte Interessensgruppen Politik machen. AfD, FDP und CDU machen für Jene Politik, die mit von der Zerstörung unserer Erde profitieren. Das kann man daran sehen, dass beide Parteien sich beispielsweise für starke Steuererleichterungen für Reiche oder gegen Verbesserungen von Sozialleistungen eintreten. Sie sind also Parteien, die im Interesse von Teilen der besitzenden Klasse Politik machen. Somit können sie also nicht die gleichen Interessen haben, wie wir. Wenn wir sie versuchen in den Protest zu integrieren, ist es nicht machbar, das Problem der Umweltzerstörung an der Wurzel zu packen. Das gilt auch in einem gewissen Maß für die Grünen. Diese vertreten eine ähnliche Politik, nur versuchen sie diese mit dem Kapitalismus zusammenzubringen. Dass sie den Umweltschutz dann auch schnell vergessen, sehen wir anhand ihrer Praxis an den Regierungen wie Beispielsweise in NRW, wo eben sie auch die Rodung des Hambacher Forsts mit umgesetzt haben. Auch bei den geplatzten Jamaika-Verhandlungen wurde ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht haben, wie beispielsweise keine Fristen für den Kohleausstieg oder Autos mit Verbrennungsmotoren zu setzen. (mehr dazu findest du auf unserer Homepage unter: Die Grünen -5 Fragen, 5 Antworten).

Also sollen keine Organisation an den Protesten teilnehmen?

Fakt ist: Obwohl auf der Website von Fridays for Future steht, dass man Parteien und Organisationen ablehnt, sind viele Aktivist_Innen, die den Protest organisieren, in Organisationen aktiv wie NGOs (BUND, Greenpeace, attac) oder auch der Grünen Jugend. Bekanntestes Beispiel hierfür ist die deutsche Pressesprecherin Luisa Neubauer. Sie arbeitet bei einer NGO namens One, Mitglied der Grünen und war 2018 Teil des G7-Jugendtreffens in Kanada. Also: Während man auf der einen Seite offen jede Zugehörigkeit zu Organisationen und Parteien ablehnt, sind gleichzeitig aber Aktivist_Innen von Organisationen in der technischen Orga und Delegierte. Das ist wesentlich intransparenter als wenn man offen sagt, dass es Organisationen gibt, die den Protest mit unterstützen. Bereits organisierte Aktivist_Innen sind nämlich keine unabhängigen, freischwebenen Individuen, sondern gleichzeitig immer Vertreter_Innen ihrer Organisation. Schließlich sind sie denen ja beigetreten, weil sie ihre Politik interessant finden und aktiv mitgestalten wollen.

Als REVOLUTION finden wir es sinnvoll sich zu organisieren (weil wir alleine nichts ändern können und ein gemeinsames Programm schlagfertiger macht), aber wenn man das verschweigt, verschleiert das bis zu einem gewissen Grad welche Positionen man als Deligierte_r oder Mensch in Verantwortungspositionen hat. Das wiederum verhindert eine systematische Kritik an der Politik von Organisationen (wenn diese beispielsweise gar kein Interesse haben, die Bewegung auszuweiten) und behindert Debatte innerhalb der Bewegung. Diese ist aber notwendig, wenn sich der Protest inhaltlich weiterentwickeln soll. Gleichzeitig ist es auch ein sehr undemokratisches Verständnis davon, wie Proteste aufgebaut werden sollten, wenn andere Organisationen dabei systematisch ausgegrenzt werden, die die Bewegung mit aufbauen wollen. Wir wurden im Zuge der Proteste in Berlin häufiger aufgefordert unsere Fahnen und Material einzupacken, mit der Begründung, dass wir

sonst den Protest vereinnahmen würden oder dass der Antikapitalismus, den wir vertreten, Schüler_Innen überfordere. Wir sagen: Wenn wir Jugendlichen uns jeden Freitag dazu entscheiden, nicht zur Schule zu gehen, teilweise trotz Repressionen, dann sind wir auch in der Lage unsere eigenen Entscheidungen zu treffen, Positionen zu Hinterfragen und uns unsere eigene Meinung zu bilden . Das geht allerdings nur wenn Organisationen offen auftreten und uns gegenseitig kritisieren können.

50% DER ÄRMSTEN WELTBEVÖLKERUNG SIND FÜR 10% DER EMISSIONEN VERANTWORTLICH

Warum glauben wir das Umweltschutz und Antikapitalismus zusammenhängen?

Wir leben im Kapitalismus. Klimaschutz bedeutet entweder zu versuchen, durch Reformen das bestehende System zu verbessern, seinen individuellen Konsum anzupassen oder das Problem an der Wurzel zu packen. In der Vergangenheit konnten wir sehen, dass Beschlüsse wie Pariser Klimaabkommen nicht eingehalten wurden. Über Jahre hinweg wurden wir immer wieder vertröstet. Das liegt daran, dass es geht, immer mehr Profite zu erwirtschaften, ganz egal ob das Haus brennt oder nicht. Das liegt nicht daran, dass sie als Personen gierig sind, sondern dass es im Kapitalismus für die Besitzenden immer darum gehen muss, mehr zu erwirtschaften um nicht gegen die Konkurrenz zu verlieren. Deswegen werden auch überall Kosten gespart und gleichzeitig mehr produziert. Krisen wie die Finanzkrise 2008 verschärfen dies nochmal zusätzlich. Das schließt nachhaltiges Planen aus. Statt uns also an Reformen abzuarbeiten, die nicht eingehalten werden können, müssen wir, wenn wir das Feuer löschen wollen, das Problem an der Wurzel anpacken. Konkret kämpfen wir dafür, dass es keine besitzende Klasse mehr gibt, die immer mehr und mehr Profit anhäufen will, sondern für eine Welt in der die Ressourcen so verteilt werden, wie sie gebraucht werden.

Reicht es nicht einfach, wenn jeder von uns auf seinen Konsum achtet?

Seinen individuellen Konsum anzupassen, ist zwar sinnvoll, aber leider keine gesamtgesellschaftliche Lösung. Nur diejenigen, die schon Bewusstsein für die Frage haben, beschäftigen sich damit. Daneben klammert es aus, dass viele Leute auch einfach keinen Zugang zu verpackungsfreien Läden haben -oder schlichtweg kein Geld. Es klammert auch aus, dass es aktuell wesentlich mehr Menschen gibt, die unter der Armutsgrenze leben und in diesem Sinne gar nicht viel konsumieren, während auf der anderen Seite Konzerne massiv über produzieren oder einige wenige in Luxus baden. Deswegen finden wir, dass die Frage falsch gestellt ist. Macht es nicht vielmehr Sinn, statt individuell einzeln Leute aufzufordern auf beispielsweise Plastikverpackungen zu verzichten, die Produktion von Plastikverpackungen einzustellen oder zu zu reduzieren, bis wir in allen Bereichen, wo Verpackungen notwendig sind, einen guten Ersatz gefunden haben? Da allerdings bestimmte Leute Gewinn mit der Produktion von Plastikverpackungen haben und die Forschung oder Herstellung von umweltverträglichen Material nicht so viel Gewinn bringt, läuft es so wie bisher. Deswegen treten wir für die entschädigungslose Enteignung solcher Firmen ein.

Das Problem mit dem ständigen Wachstum

1. Warum kann sich ein Unternehmen oder eine Volkswirtschaft nicht einfach dem Wachstumszwang entziehen?

Selbst wenn sie wollten, könnten einzelne Konzerne oder Volkswirtschaften nicht einfach aus dem Game aussteigen. Ein Grundpfeiler des Kapitalismus ist der ständige Wettbewerb um Profit und das größere Stück vom Kuchen. Die Konkurrenz ist dabei der Motor des Wachstums, denn wer nicht schneller, billiger und mehr produzieren kann, wird aus dem Markt verdrängt und geht irgendwann pleite. Nachhaltige Maßnahmen, um den Produktionsprozess ökologischer umzugestalten, werden also im Kapitalismus zum Konkurrenznachteil, sodass sie die Unternehmen entweder aussparen oder durch höhere Preise auf unseren Schultern abladen.

2. Kann der Klimawandel durch grünes Wachstum („*green growth*“) gestoppt werden?

Das Problem mit dem Wachstum ist eigentlich ziemlich offensichtlich, denn Wachstum bedeutet immer mehr zu produzieren, weshalb wiederum auch immer mehr Ressourcen benötigt werden. Da der Planet Erde aber leider nun einmal nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung hat, muss es zwangsläufig irgendwann eng werden mit dem Wachstum. Einige Unternehmen haben bereits erkannt, dass eine schonungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen langfristig auch die Grundlage ihrer eigenen Profite untergräbt, und setzen nun auf das sogenannte *„grüne* Wachstum“. Sie wollen also ihr Streben nach Profit, Expansion und Wachstum mit der Ökologie in Einklang bringen und verkaufen uns dann so tolle Dinge wie E-Autos oder Bio-Diesel. Doch grün ist hier lediglich die Farbe der Werbeplakate. Die Umweltbelastung bleibt extrem hoch und vor allem ärmere Länder kriegen die besonders Folgen zu spüren. In den Chefetagen wird dagegen der Champagner aufgemacht, da man sich wieder einen neuen Absatzmarkt

erschließen konnte.

3. Was wächst da eigentlich genau?

Ob wir Wachstum gut oder schlecht finden, hängt immer davon ab, was da wächst. Wenn zum Beispiel das Bildungssystem, der soziale Wohnungsbau oder das weltweite Schienennetz wachsen, finden wir das super. Kapitalistisches Wachstum bedeutet jedoch vor allem, dass der Profit eines Unternehmens wächst, sodass es sich ausdehnen kann. Wenn wir das auf alle Unternehmen übertragen, wird schon einmal klar, dass es auch Verlierer_innen in diesem Spiel geben muss. Wo auf der einen Seite Profit gemacht wird, muss auf der anderen Seite etwas in Form von Ausbeutung und Umweltzerstörung weggenommen werden. Nur so wird man nicht von der Konkurrenz ausgebootet und kann immer schneller immer größere Warenmengen produzieren und die Gewinne reinvestieren. Doch was, wenn die niemand mehr kaufen will? Der Kapitalismus hat dabei schon viele Wege gefunden zu expandieren. So ist er zu Beginn seiner Entstehungsgeschichte erst über die nationalen Grenzen geschritten und hat später der gesamten Welt seine Verwertungslogik aufgedrückt. Heute, wo es nahezu keinen Winkel mehr gibt, indem nicht die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten gelten, wird der Druck zu expandieren für einzelne Kapitale höher und der Wettkampf schärfer. Eine andere Möglichkeit zu wachsen bietet das Eindringen in Bereiche, die vorher nicht profitorientiert strukturiert waren, wie in Deutschland beispielsweise das Gesundheits- oder Bildungssystem. Der Kapitalismus muss also immer weiter wachsen, um zu existieren und zerstört dabei gleichermaßen seine Lebensgrundlagen. Wir können also nicht wie die grüne Partei oder einige sogenannte *„Degrowth-Theoretiker_innen“* sagen: Kapialismus – ja, Wachstum – nein. Die Klimakatastrophe halten wir nur auf, indem wir für eine nicht-kapitalistische Zukunft kämpfen!

IRAN-KRISE:

Bahnt sich ein neuer Krieg an?

HINTERGRUND DER AKTUELLEN KRISE

Als Trump an die Regierung kam hat er den sogenannten „Iran-Deal“, der eine atomare Aufrüstung des Iran verhindern sollte, aufgekündigt. Damit ist im sogenannten „Nahen und Mittleren Osten“ ein alter Krisenherd wieder neu entflammt. Die USA hat die 2015 aufgehobenen Sanktionen wieder eingeführt und droht jedem Land ebenfalls mit Sanktionen, welches mit dem Iran Handel treiben will.

Der Iran ist der USA seit 1979 ein Dorn im Auge, nachdem nämlich eine religiöse Bewegung die USA-treue Regierung unter dem letzten iranischen Shah hinwegfegte und eine islamische Republik errichtete. Bis heute ist das rohstoffreiche Land mit einer jährlichen Wirtschaftsleistung von 430 Mrd. US-Dollar (BIP) ein regionaler Machtfaktor, der den US-Interessen entgegensteht. Durch ein gezieltes Eingreifen in regionale Konflikte konnte der Iran mehr und mehr Einfluss gewinnen, sodass sich die bestehende Ordnung im „Nahen Osten“ zu Ungunsten der USA verändern könnte. So hat der Iran tausende Soldaten in Syrien stationiert, die das mit den USA verfeindete Assad-Regime im Krieg unterstützen und mit der libanesischen Hisbollah zusammenarbeiten. Zudem unterstützt der Iran die Huthi-Rebellion gegen das US-gestützte Regime von Hadi im Jemen. Auch der bis 2011 von den USA besetzte Irak droht Trump mehr und mehr außer Kontrolle zu geraten. Gerade auch durch die „Popular Mobilization Forces“, die im Kampf gegen den IS wiedergegründet wurden, kann der Iran im Irak an Einfluss gewinnen. Mit seinen zahlreichen Öl- und Gasfeldern hat der Iran ferner auch eine wichtige geostrategische Bedeutung: So könnte der Iran z.B. die Meerenge von Hormus schließen, durch die ein Großteil des Öls aus der gesamten Region abtransportiert wird.

NEUE BLOCKBILDUNG

Der Iran nervt die USA aber nicht nur wegen seiner regionalen Interventionen sondern weil er auch zu den engen Verbündeten des größten US-amerikanischen Konkurrenten zählt. Denn schaut man auf die Import- und Exportzahlen, zeigt sich ein reger Handelsaustausch zwischen dem Iran und China. 27,4% der Exporte gehen nach China, 27,8% der Einfuhren kommen daher. Öl, Gas und auch die Relevanz des Irans in Chinas „Seidenstraßenprojekt“, also den Ausbau von Handelswegen, in den „Nahen Osten“ und bis nach Europa, spielen dabei eine entscheidende Rolle. Gerade jetzt in Zeiten der verschärften Konkurrenz zwischen den wichtigsten imperialistischen Akteuren steigt deshalb auch der Druck. So kam es bereits zu einer offiziellen Warnung an die USA seitens der chinesischen und russischen Regierungen.

Der Iran wird damit also auch zum Schauplatz im Konflikt zwischen der

USA and England auf der einen und China und Russland auf der anderen Seite. China und Russland stellen dabei keinesfalls „die Guten“ dar. Sie sind letztlich nur die andere Seite der imperialistischen Medaille. Das zeigt sich auch daran, dass z.B. Russland ebenso bereit ist, ganze Länder für seine Interessen zu zerstören, wie man momentan in Syrien sehen kann. Eine russische Militärintervention im Alleingang ist in diesem Konflikt allerdings unwahrscheinlich, weil eine ernstzunehmende Intervention wohl die schwachen wirtschaftlichen Kräfte Russlands übersteigen würde. Auch eine chinesische Intervention scheint unwahrscheinlich, weil deren ganze Politik und Propaganda momentan darauf ausgerichtet ist, auf „friedliche“ Weise Imperialismus zu betreiben. Das heißt vor allem bilaterale Verträge (Verträge nur zwischen zwei Ländern) und Investitionen.

Die EU agiert als dritter Player in diesem Game. Sie und insbesondere die BRD waren eigentlich Fans des „Iran-Deals“ und haben in der Zeit der Aussetzung der Sanktionen auch ordentlich in den Iran investiert. Die einseitige Aufkündigung des Abkommens, die Wiedereinführung von Sanktionen und eine erneute Zuspitzung des Konfliktes passen ihr folglich gar nicht in den Kragen. Um die US-Sanktionen zu umgehen und weiter mit dem Iran Handel treiben zu können, hat die EU hat im Januar eine Zahlungsmethode unter dem Namen „Instex“ etabliert. Die europäischen Konzerne haben nämlich sowohl ein Interesse daran, das iranische Öl auszubeuten, als auch den Iran als Absatzmarkt zu z.B. für Maschinen zu nutzen. Dem Iran ist das bisherige Vorgehen der EU aber zu zaghaft, weil ihr System den Handel mit Erdöl bisher nicht mit einschließt. Bis das passiert, wird der Iran den Atom-Deal schrittweise missachten. Der erste Schritt ist die höhere Anreicherung von Uran.

Die EU traut sich bisher nicht der USA mit ihrer geballten Handelskraft entgegenzutreten. Die Drohung der USA hohe Zölle bei der Einfuhr von Autos aus der EU zu verlangen, dürfte dabei sicher eine entscheidende Rolle gespielt haben. Ein aktives Eingreifen gegen die US-Kriegspläne, sofern sie denn Realität werden, ist also nicht zu erwarten.

Ähnlich wie in der Ukraine zeigen sich auch in diesem wichtigen Konflikt die unterschiedlichen Interessen innerhalb des sogenannten „Westens“. Wo die USA und Westeuropa früher noch gemeinsam „die westlichen Werte verteidigt haben“, gehen die Wirtschafts- und Militärinteressen in den aktuellen Krisenzeiten wieder weiter auseinander und der Block könnte daran zerbrechen.

DIE AKTUELLE LAGE

Jüngst dreht sich die Eskalationsspirale wieder schneller: Nachdem am 13. Juni zum wiederholten Male Öltanker unweit der Straße von Hormus angegriffen wurden, beschuldigen sich beide Seiten des Vorfalls. Um die Frage zu klären, wer hinter den Angriffen steckt, sollte man sich überlegen, wem die Angriffe nützen. Dabei ist es naheliegender, dass die USA oder einer ihrer Verbündeten die Angriffe durchgeführt hat, um eine mögliche Invasion zu rechtfertigen. Übrigens hat die USA eine lange Geschichte von gefälschten Angriffen auf Boote, um Kriege zu rechtfertigen. Eine Provokation durch den Iran und damit ein Kräftemessen mit der gesamten NATO käme für den Iran einem Selbstmordkommando gleich. Zumal die innenpolitische Situation im Iran äußert instabil ist und das Mullah-Regime die Massen durch ein solches Kamikaze-Manöver nicht noch mehr gegen sich aufbringen wollen kann.

Gut eine Woche später wurde eine US-amerikanische Drohne durch den Iran abgeschossen. Daraufhin planten die Hardliner in der US-Regierung, wie Außenminister Pompeo und Sicherheitsberater Bolton, einen Vergeltungsschlag, der von Trump kurz vorher abgeblasen wurde. Trump hat jedoch 1000 zusätzliche Soldaten in die Region geschickt und die Sanktionen weiter verschärft. Momentan spitzt sich die Krise von Tag zu Tag immer weiter zu; Die Kriegsgefahr ist real!

Ein Krieg zwischen dem Iran und der USA und ihren Verbündeten (vor allem Saudi Arabien, Israel und Vereinigte Arabische Emirate, ggf. auch England) würde die gesamte Region ins Elend stürzen und könnte auch die gesamte Weltwirtschaft in eine Krise stürzen, weil sich der Ölpreis massiv erhöhen würde. Das Schicksal des Iraks soll hier ein Beispiel sein, welcher seit der US-Invasion 2003 von Bürgerkriegen, Terror und wirtschaftlicher Desorganisation geprägt ist. Zwar war der Irakkrieg (wie übrigens auch der Afghanistan Krieg 2001) für die USA ein Desaster, jedoch hat sich gezeigt, dass die USA bereit ist, riskante und zerstörerische Kriege zu führen.

GEMEINSAM GEGEN KRIEG!

Einen neuen Krieg gilt es unbedingt zu stoppen! Da sich die Regierungen für irgendwelche Resolutionen und Beschlüsse gerade in Zeiten verschärfter internationaler Konkurrenz herzlich wenig interessieren (wie man beispielsweise auch am Klimaabkommen sieht), können wir uns dabei nicht auf die UNO verlassen. Wir müssen schon selber aktiv werden! Im Falle eines Angriffes der USA müssen wir uns auf die Seite des Irans stellen, um weitere Katastrophen wie im Irak- oder Afghanistankrieg zu verhindern. Gleichzeitig ist natürlich auch das Mullah-Regime alles andere als eine fortschrittliche Kraft. Deshalb müssen wir ebenso dafür eintreten, die Islamist_innen vom Thron zu stoßen. Das heißt aber nicht Regime-Change mit einem pro-amerikanischen Bürokraten an der Spitze, wie es sich Trump wünschen würde, sondern eine demokratische und säkulare Regierung der Lohnabhängigen und Bäuer_innen aufzubauen.

Die Streiks im öffentlichen Sektor in Folge der Verschärfung der Krise beweisen, dass auch dies ein mögliches Szenario ist. Letztes Jahr wurden wir außerdem zu Zeug_innen einer gewaltigen Streik- und Protestbewegung im Iran, die vor allem von der Jugend getragen wurde. Es gibt also millionen Menschen, die die nationalistische Politik der iranischen Regierung ablehnen und bereit sind, auch dagegen zu kämpfen. Die US-Sanktionen werden die Kampfbereitschaft der Massen nur noch weiter anheizen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 15,4 % und steigt weiter. Die Inflation betrug 2018 31,2% und wird 2019 wohl 37,2% betragen.

Auch hier müssen wir unsere Solidarität mit den Protesten im Iran gegen eine US-Aggression praktisch machen. Selbst hier in Europa könnten wir großen Druck auf die USA ausüben. Nicht nur mit Massendemonstrationen, sondern auch mit direkten Aktionen gegen die amerikanischen Militärbasen z.B. in Deutschland und natürlich mit politischen Streiks! Dabei kann die Jugend, ähnlich wie im Iran, eine führende Rolle in den Protesten einnehmen. Momentan zeigen hunderttausende junge Menschen innerhalb der Fridays-for-Futures-Bewegung, dass sie bereit sind, sich für eine bessere Welt zu organisieren. Für eine bessere Welt kämpfen heißt auch sich gegen Krieg stark zu machen! Außerdem zählen militärische Konflikte global zu den größten CO^2-Verursachern. Unsere Stimmen gegen den Krieg müssen wir an unsere Schulen, Unis, Betriebe und natürlich auf die Straßen tragen. Nur so können wir der US-Aggression im Iran die Stirn bieten.

DIE GRÜNEN

LINKS BLINKEN, RECHTS ABBIEGEN & DABEI ERFOLG HABEN – WIE GEHT SOWAS?

Eigentlich ist es ja so: Wenn man im Straßenverkehr nach links abbiegen will, dann gibt man ein entsprechendes Zeichen. Beim Fahrradfahren durch einen ausgestreckten Arm, beim Autofahren mit dem linken Blinker. Wer dagegen das Gegenteil macht, muss mindestens mit einer Ermahnung rechnen. Da wir uns aber mit der politischen Landschaft in Deutschland beschäftigen, ist es ein klein wenig anders. Hier scheinen irgendwie andere Regeln zu gelten. So kann man problemlos links blinken und rechts abbiegen, ohne einen Unfall zu bauen.

Ok, und was hat das jetzt mit den Grünen zu tun? Gute Frage, die Antwort kommt im weiteren Text.

DAS PARLAMENT – EIN ORT, WO ANDERE REGELN GELTEN

Scheinbar kann man im Parlament, anders als im Straßenverkehr, so fahren, wie man will, ohne ernste Nachteile befürchten zu müssen. Anders kann man so manche politische Irrfahrt nicht erklären. Oder doch? Im Parlament vertreten die Parteien scheinbar die Interessen derjenigen, die sie dort erst hingebracht haben und nicht ihre eigenen. Wenn wir uns nun aber den ganzen Politbetrieb im Parlament etwas genauer anschauen, können wir feststellen, dass das nicht so ist. Das fängt bereits damit an, dass alle Parteien, mit Ausnahme der Linkspartei, von großen Firmen beträchtliche Spenden erhalten und dafür werden aber auch entsprechende Gegenleistungen erwarten, z.B. in Form von Gesetzen, von denen sie profitieren, auch genannt „Lobbyismus". Auch die Grünen haben ein paar Firmen, von denen sie Geld erhalten, um die Interessen dieser Firmen durchzusetzen. Dazu gehören „Gesamtmetall", „Wirtschaftsvereinigung Stahl" und der „Sparkassen- und Giroverband".

LINKS BLINKEN…

Die Grünen gehen in ihren Ursprüngen aus der Anti-Atomkraft-Bewegung und aus verschiedenen linken Gruppen hervor. Recht schnell hat sich dabei ein Kampf zwischen rechteren „Realos" (Realpolitik mit Regierungswunsch) und linkeren „Fundis" (Fundamentalopposition, lieber klare Kritik als Regierung) entwickelt, was heute noch in der Doppelspitze wiederzufinden. Obwohl die beiden Lager heute noch existieren, haben die Realos immer weiter an Boden gewonnen und spätestens durch die Fusion mit dem deutlich rechteren „Bündnis90" haben sie den Sieg errungen. Sie konnten in ihrer Geschichte immer wieder von Bewegungen auf der Straße profitieren und so tun sie es heute auch mit der Umweltbewegung und allen voran Fridays for Future. Sie stellen auch progressive Forderungen auf: Auf die Klimakrise antworten sie mit weniger Fleisch und Müll, mehr Ökostrom und Nahverkehr. Außerdem wollen die Grünen die Mieten wieder auf bezahlbares Niveau zurücksetzen, sich für Vielfalt allgemein und die Rechte von Geflüchteten im Besonderen stark machen und für Frieden ist man natürlich auch. Alles natürlich richtige Ideen! Aber sobald sich die Grünen an einer Regierung beteiligen, werfen sie ihre Ideale wieder über den Haufen.

… UND RECHTS ABBIEGEN

Dass Wahlprogramm und Regierungspraxis nicht unbedingt zusammen passen, zeigen ja auch die anderen Parteien immer wieder. Bei den Grünen ist dieser Widerspruch nun besonders krass: Ob es in früheren Jahren darum ging, Kriegseinsätzen zuzustimmen (was ihrem eigenen Grundsatzprogramm widersprach) oder vor drei Jahren der restlichen Abholzung des Hambi grünes Licht in der Landesregierung in NRW erteilt wurde – den Grünen war sowas letztlich egal. So wurde auch ein zentrales Versprechen nach dem anderen in den Jamaika-Koalitionsverhandlungen fallen gelassen.

Genauso egal ist es einem Winfried Kretschmann, immerhin erster und bis heute einziger grüner Ministerpräsident, was die eigene Parteimehrheit beschließt. „Wir sind gegen den Mega-Bahnhof Stuttgart21? - Das interessiert mich nicht, ich unterstütze das trotzdem. Der Käs' isch gessa! (schwäbisch für: Das hat sich erledigt.)", scheint sich Kretschmann gedacht zu haben. Auch ist es ihm egal, dass sich die eigene Parteimehrheit sowohl gegen die Verschärfung des Abschieberechts oder die Betrügerei der Autoindustrie bei den Abgasmessungen bei Dieselmotoren stellt – Kretschmann ist das Paradebeispiel dafür, dass die Grünen in der Regierung den gleichen Käse machen wie alle anderen auch. Oder: Sie biegen rechts ab, obwohl sie ja eigentlich nach links fahren wollten.

ERFOLGSWELLE

Im Europawahlkampf haben die Grünen auch massiv davon profitiert, dass linke Parteien die drängenden Themen Ökologie und Migration geschickt im Wahlkampf ausgeklammert haben. Die Unfähigkeit der Linken verhalf den Grünen dazu, sich als glaubwürdigste Alternative gegenüber der AfD darstellen zu können. Das geht sogar soweit, dass sie inzwischen mit der CDU/CSU im manchen Umfragen gleichauf liegen (beide bei 26%, je nach Datum und Umfrageinstitut). Dass ihre Erfolgswelle soweit gehen würde, dass sogar schon manche Medienhäuser die Grünen ins Kanzler_Innenamt schreiben, hätten die Grünen selbst letztes Jahr wohl selber nicht für möglich gehalten.

UND WIE WIRD'S DANN MIT KANZLER HABECK?

Seit dem Verrat der Rot-Grünen-Regierung auf Bundesebene (inklusive Krieg und Sozialabbau) haben sich die Struktur und die Machtverteilung innerhalb der Grünen nicht gewandelt und ihre Grundlage ist weiterhin rein pro-kapitalistische Politik, jedoch mit Linksblinker. Einige Teile des Kapitals haben erkannt, dass auch ihre Profite

davon bedroht sind, wenn die Lebensgrundlage des Menschen kontinuierlich weiter zerstört wird. In den Grünen sehen sie eine Hoffnung, die Umwelt ein Stück zu schonen und trotzdem weiter wachsen zu können. Mit ihrem Eintreten für E-Autos (die nebenbei gesagt überhaupt nicht das Klima schonen!) öffnen die Grünen ferner interessante neue Absatzmärkte und geben den Monopolkonzernen keinen Grund zu Sorge, dass sie die deutsche Exportwirtschaft schwächen könnten. Letztens hat sogar der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie, also der Oberkapitalist_Innenverein) ihre Unterstützung für die Grünen in einer neuen Bundesregierung ausgesprochen. Also können wir auch von den Grünen nichts erwarten, was den Wirtschaftsstandort Deutschland also insbesondere die Auto- oder die Rüstungsindustrie schwächt! So werden die Grünen ihren hehren Ziele sicher nicht gerecht, denn Klima geht nur gegen die Autoindustrie und Frieden nur gegen die Rüstungsindustrie!

FSJ und Bufdi:

Freiwilliges Soziales Lohndumping?!

FELIX RUGA

Endlich durch die Schule gekämpft und den erhofften Abschluss in der Tasche! Jetzt stellt sich die Frage: Direkt Studium oder Ausbildung oder vielleicht erstmal ein Jahr was anderes als Lernen? Für Viele ist genau hier das Angebot der Freiwilligendienste attraktiv - am prominentesten dabei das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Man kann etwas Erfahrung im Berufsleben aber auch im Umgang mit anderen Menschen sammeln, zeigt Engagement für Bedürftige, möchte die eigenen Stärken und Schwächen weiter kennenlernen und vor allem muss man sich nicht jetzt schon entscheiden, mit welchem Beruf man für den Rest des Lebens seine Brötchen verdienen muss. Andere werden jedoch auch vom Jobcenter gar nicht so *„freiwillig"* zum Dienst gezwungen, um die Arbeitslosenstatistik zu senken. So gibt es jährlich über 100.000 Jugendliche, die einen Freiwilligendienst leisten.

Offiziell sind FSJ und BFD weder Arbeits- noch Ausbildungsverhältnisse, sondern laut Gesetz ein "Bildungsjahr". Dies zeigt sich unter anderem in den Seminaren (25 Seminartage sind gesetzlich vorgeschrieben), in denen z.B. der Arbeitsalltag reflektiert wird oder politische Bildung stattfindet. Abgesehen von den Seminaren ist man jedoch die ganze Zeit in den Betrieben und Institutionen und leistet dort meistens unersetzliche Arbeit, ohne die der Laden den Bach runtergehen würde. Viele berichten, dass sie Aufgaben erledigen müssen, für die sie eine Ausbildung oder mehr Erfahrung bräuchten, die rein gar nichts mit sozialem Engagement zu tun haben oder sie unter krassen emotionalen Stress setzen. Man wird meistens einfach wie eine billige Arbeitskraft benutzt. Und fast alle Betriebe sind sich einig, dass es ohne all die Freiwilligen niemals gehen würde. Jedoch spiegelt sich dieser Umstand nicht im Lohn wider: Es gibt ein "Taschengeld" von ca. 300€ und mit etwas Glück noch Geld für Verpflegung. Gleichzeitig ist es jedoch Pflicht, dass die volle Wochenarbeitszeit geleistet wird, wodurch der Stundenlohn bei gerade einmal 2,50€ liegt! Fahrtkosten werden dabei nicht bezahlt, sodass man locker ein Viertel direkt wieder los ist. Kaum ausgeglichen wird das durch kleine Zugeständnisse, wie dass es das Fachabi erleichtert, als Wartesemester beim späteren Studium anerkannt wird oder dort ein Pflichtpraktikum ersetzt.

Wir Jugendliche sollen hier als Notpflaster für den Pflege- und Bildungsnotstand herhalten, indem wir mit einigen staatlichen Zugeständnissen und dem guten Gefühl des sozialen Engagements dazu verleitet werden, für viel zu wenig Geld arbeiten zu gehen. Die Bundesregierung, die die Pflege, Gesundheit und Bildung zunehmend der Konkurrenz des freien Marktes überlässt, hat mit Sparmaßnahmen, Privatisierung und systematischer Unterbezahlung (insbesondere von weiblichen* Angestellten) ein riesiges Loch im sozialen, pädagogischen und medizinischen Bereich aufgerissen. Die Folgen sind sinkende Qualität, Überlastung, Burn-Outs und Personalmangel. Nachdem nun der Zivildienst abgeschafft wurde hat sich der Staat mit den Freiwilligendienstprogrammen eine noch kostengünstigere und langfristigere Möglichkeit einfallen lassen, Jugendliche in dieses Loch zu stopfen. Möglich ist das meist nur dadurch, dass die meisten Jugendlichen noch bei den Eltern wohnen und noch nicht wissen, wie viel sie eigentlich für ihre Arbeitskraft verlangen könnten (Dies bezeichnet man als "Überausbeutung": Voll zu arbeiten, aber trotzdem davon nicht alleine leben zu können). Dabei sind wir nicht nur billige Arbeitskräfte, sondern drücken auch noch zusätzlich die Löhne der anderen Beschäftigten oder ersetzen sogar die Arbeitsplätze von ausgebildeten Fachkräften. Selbst bei den Ausbildungskosten wird hier gespart, da FSJler_Innen ja häufig dieselben Tätigkeiten wie die Festangestellten ausführen, ohne dass Geld für ihre Ausbildung ausgegeben werden musste.

Die Initiative und das Engagement von Jugendlichen etwas Soziales für die Gesellschaft beisteuern zu wollen sind natürlich trotzdem total cool und richtig. Der Spaß muss nur gerecht bezahlt werden und die anderen Beschäftigten dürfen nicht darunter leiden. REVOLUTION fordert deshalb:

- Senkung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden! Festlegung der Anzahl und des Inhalts der Seminartage durch FSJler_Innen und BFDler_Innen!
- Tarifliche Bezahlung auch für FSJ und BFD sowie Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro netto! Mietzuschüsse für die, die es brauchen! Terifliche Bezahlung für alle im sozialen Bereich!
- FSJler_Innen sind nicht dafür da, die Lücke im sozialen Sektor zu stopfen! Für ein gesellschaftliches Programm nützlicher Arbeit, welches massiv die Ausbildungs- und Personalzahlen im Sozial- und Pflegebereich erhöht – festgelegt und kontrolliert durch Gewerkschaften und Beschäftigte, finanziert durch erhöhte Besteuerung von Reichen!

INTERVIEW:

WIE UMGEHEN MIT REPRESSIONEN AN DER SCHULE?

1 Wie seid ihr zu Fridays For Future gekommen und was ist dann passiert ?

Wie viele Menschen, haben wir natürlich die Rede von Greta vor einem Jahr mitbekommen. Ich dachte, sie sagt die Wahrheit aber im selben Moment war ich traurig, dass es wahrscheinlich eh wieder nichts ändern wird. Eine von uns hatte gefragt, ob wir nicht mal bei den Schulstreikaktionen vorbeigucken wollen Wir hatten erst Bedenken, dass es deswegen Probleme geben könnte, aber wir haben uns mit dem Klimawandel beschäftigt und unsere Eltern haben uns mitunter dazu ermutigt, an dem Kampf für unsere Zukunft teilzunehmen. Das erste Mal auf dem Streik waren wir im Februar. Es hat uns richtig gut gefallen, dass so viele junge Menschen da waren und wir lautstark durch die Straßen zogen. Schüler_Innen, die sich darüber unterhalten, was wir für unsere Zukunft tun können. Wir waren seitdem fast jedes Mal dabei und sind auch auf die Plena gegangen, die Dienstag nach der Schule stattfinden.

Dann fing es an, dass Einzelpersonen in Gesprächen mit der Schulleitung und Lehrer_Innen auf ihre Fehlstunden hingewiesen wurden. Es wurde diskutiert, ob es als entschuldigte oder unentschuldigte Fehlstunden gelten soll. Da es unsere eigene Entscheidung war, für das Überleben der Menschheit zu streiken und wir ja nicht krank sind, galt es als unentschuldigte Fehlstunde. Wir wurden mit Schwänzer_Innen gleichgesetzt, obwohl wir nur unser Recht auf Versammlungsfreiheit nutzen! Uns wurde dann mitgeteilt, dass wir weiter zu den Streiks gehen können, wenn wir eine Abmeldung abgeben, in der unsere Eltern die Schule von ihrer rechtlichen Aufsichtspflicht entbinden. Dies haben wir auch gemacht und sind weiter streiken gegangen. Uns wurde versichert, dass wir außer den unentschuldigten Fehlzeiten keine weiteren Konsequenzen zu befürchten hätten. Leistungen wurden achgeholt und Anfragen auf Ausgleichsunterricht gestellt.

Eine Lehrerin, die im 2. Halbjahr die Klasse übernommen hatte, bemängelte uns Schüler_Innen nur einmal im Unterricht gesehen zu haben und daher nicht wusste, wie sie uns benoten kann. Auch hier machten wir Ausgleichsangebote. Unser Schulleiter hat diese jedoch abgelehnt und der Elternvertretung eine E-Mail zukommen lassen, die uns nur durch Zufall und verzögert erreicht hat. Den Eltern wurde mitgeteilt, dass wir, die Schüler_Innen, die durch Fridays for Future regelmäßig im Unterricht fehlen, nun versetzungsgefährdet sind. Wir haben uns dann bei unseren Lehrer_Innen informiert und erfahren, dass einige bereits nicht mehr die Möglichkeit hätten, genug Stunden zu erreichen. 13 Schüler_Innen wurden für versetzungsgefährdet erklärt. Der Schulleiter hat in persönlichen Gesprächen gesagt, wir sollen uns bis Ende des Schuljahres in der Schule aufhalten und uns anstrengen, da das wohlwollend angerechnet werden könne. Ausgleichsangebote von Lehrer_Innen haben wir ausgeführt. In Sport mussten einige in den Pausen bei sengender Hitze Runden laufen und konnten daher keine Essenspause machen, sind nach der Schule länger geblieben, haben Projekte fertiggestellt, die Freitags gemacht werden sollten und extra Projekte erarbeitet. Alles ohne die Sicherheit wirklich versetzt zu werden.

DEN KAMPF IN DIE SCHULE TRAGEN!

WERDE AKTIV!

Du hast Bock, dass mal die halbe Schule mit zu Fridays for Future kommt, anstatt die üblichen Vier? Oder deine Lehrer_Innen versuchen euch das streiken zu verbieten?

Egal was es ist, es gibt immer eine Lösung! Schreib' uns einfach an und wir diskutieren, wie wir dich in deiner Arbeit untersützen können.

Wir lassen uns nicht einschüchtern!
Lessing-Gymnasium for Future

2 Was habt ihr dagegen gemacht?

Das war absolut ungerecht! Es gab von Anfang an unsichere Aussagen und keine wirklichen Kompromisse. Fridays for Future konnten wir nur noch in unserer Freizeit unterstützen. Wir haben uns sehr missverstanden und machtlos gefühlt. Das eigentliche Thema des Streiks, die Klimakrise und unsere dahinschwindende Zukunft wurden bei dem ganzen Problem einfach komplett ignoriert. Ein *„als* Privatperson unterstütze ich euch ja, ABER…“ hilft da absolut nicht weiter, wenn Autoritätspersonen die Teilnahme an den Aktionen verbieten. Es gibt Lehrer_Innen, die die Problematik im Unterricht aufzeigen, andere Schulen machen Exkursionen und uns wird ’ne Versetzungsgefährdung reingedrückt. Es liegt allein an der persönlichen Einstellung der Lehrer_Innen und Schulleiter_Innen, wie mit uns umgegangen wird. Wir wollten auf jeden Fall was dagegen machen, wussten aber nicht genau wie. Fridays for Future hatte uns durch Anwälte über die Gesetze aufgeklärt und wir hätten tatsächlich auch klagen können. Am 1. Mai haben wir dann REVOLUTION kennengelernt und die Problematik mit der Organisation diskutiert. Zusammen entwickelten wir Ideen, was wir dagegen machen können. REVOLUTION hat uns dabei unterstützt, einen Flyer und offenen Brief zu schreiben. In diesem haben wir unsere Situation geschildert und die Frage aufgestellt, ob das Grundgesetz über der Schulpflicht steht. Im Grundgesetz ist nicht nur die Pflicht unserer Generation festgehalten, den Nächsten eine funktionierende Welt zu hinterlassen, sondern auch die Versammlungsfreiheit jedes Menschen festgeschrieben. Kann es als Schwänzen angesehen werden, wenn wir unsere Grundrechte nutzen? Es sollte niemand bestraft werden, seine Menschenrechte zu nutzen! Wir haben uns auch an unsere Schüler_Innenvertretung gewandt und eine Presseerklärung geschrieben, um öffentlich Druck zu erzeugen. Wir haben eine Kundgebung vor unserer Schule veranstaltet und zusammen ein Transpi für den Klimastreik erstellt. An der Kundgebung beteiligten sich auch Fridays for Future und Parents for Future. REVOLUTION hat dann von unserer Schule aus mit einem kleinen Teil an Schüler_Innen eine Zubringerdemonstration zum Großstreik im Mai gemacht, an der viele von uns auf Grund der Lage an der Schule leider nicht teilnehmen konnten. Auch eine Schulhofaktion wurde von unserem Schulleiter verboten - also sogar in der Pause Beschneidung des Versammlungsrechts. In der Presse wurde dann behauptet, dass unser Schulleiter Ausgleichsangebote eigenständig gestellt und unterstützt habe und als wir dann versetzt wurden, wurde das der Güte unseres Schulleiters zugeschrieben. Wir sagen dagegen: Niemand weiß, ob ohne unsere Aktionen alle versetzt worden wären. Wir haben es geschafft, dass sich die Betroffenen nicht alleine fühlten. Wir machten uns gegenseitig Mut und hätten uns auch bei einem *„Sitzenbleiben“* unterstützt. Wir haben ganz klare Forderungen in die Schule getragen und bei der Auseinandersetzung mit Autoritäten, die uns unseren Protest verbieten wollen, viel gelernt. Bei Fridays for Future haben wir parallel eine Repressions-AG gegründet, die sich gegen Angriffe seitens autoritärer Personen, die ihre Machtstellung gegen uns einsetzen (Medien, Politiker_Innen, Schule, Eltern, Polizei), wehren wird. In dieser vernetzen sich Betroffene und solidarische Menschen, sowie Anwält_Innen.

3 Was wollt Ihr in Zukunft machen und wie könnt ihr dabei unterstützt werden?

Wir denken, dass es im nächsten Jahr die gleichen Probleme geben wird und wir uns erneut dem Streikverbot gegenüber sehen. Daher wollen wir das Thema Klimawandel und andere wichtige politische Fragen an die Schule tragen. Dafür haben wir eine Schulgruppe gegründet (namens *„Lessing* wird politisch“), die das Klima an der Schule ändern will. ;D

Wir wollen die Diskussion *„Schulpflicht* vs Grundgesetz“ ausweiten, weil wir unsere Rechte eingeschränkt sehen und wollen eine basisdemokratische Schule schaffen (bedeutet für Autoritätspersonen, dass sie ihre Stellung in der Hierarchie verlieren). Mit Fridays for Future und der Repressions-AG wollen wir ein Konzept erarbeiten, wie wir an der Schule mit der Situation umgehen. Dazu sind auch Parents und Teachers for Future eingeladen uns zu unterstützen. Wir merkten, dass Politik an unseren Schulen keinen Raum hat. Uns wird zwar halbwegs beigebracht, wie das politische System funktioniert, aber tagespolitische Fragen und unterschiedliche Sichtweisen werden nicht diskutiert. Uns wird die Möglichkeit genommen, uns über die politische Entwicklung zu informieren und diese beeinflussen zu können, obwohl wir ja die sind, die länger mit den Folgen leben müssen. Zu einigen Themen sollen wir uns am besten nicht äußern, da das ja Konflikte hervorrufen kann. Das sehen wir anders, es ist wichtig Konflikte zu diskutieren, indem die Problematik herausgestellt wird, um Lösungen zu finden.

Wir wollen uns daher neben dem Klimawandel auch gegen Diskriminierung, Rassismus und Sexismus einsetzen.Ihr könnt uns unterstützen, indem ihr euch informiert, euch über Privilegien und euren Einfluss im System bewusst werdet, das würde uns Arbeit abnehmen. Ansonsten sind Schüler_Innen an unserer Schule herzlich eingeladen mit uns zu diskutieren, ab Schulstart gibt‘s Treffen in der Schule.

Wir freuen uns auf ein spektakuläres Jahr, in dem wir für unsere Rechte kämpfen!

GRUNDLAGEN DES MARXISMUS:

Ökonomie - Teil I

Unser Gesellschaftssystem – der Kapitalismus – befindet sich in einer Krise. Seit der globalen Finanzmarktkrise 2008 ist diese weltweit betrachtet ungelöst. Derzeit droht eine erneute Verschärfung dieser Krise. Da diese Krisen im Kapitalismus unvermeidlich sind und sich auf die gesamte Gesellschaft auswirken, ist es für Komunist_Innen und junge Aktivist_Innen wichtig, sich mit den grundlegenden Gesetzen dieses Systems auseinanderzusetzen. Die Artikel in dieser Zeitung können aufgrund der Komplexität dieses Themas dabei nur als vereinfachter Einstieg dienen und werden vermutlich viele Fragen aufwerfen. Wenn Ihr Bock habt, mehr über die Ökonomie des Kapitalismus zu erfahren und darüber zu diskutieren, meldet Euch bei uns!

Jonathan Frühling

WAS IST DER KAPITALISMUS?

Wie jede andere Produktionsweise (z.B. im mittelalterlichen Feudalismus) zeichnet sich auch der Kapitalismus dadurch aus, dass Produktion, Konsum und Austausch auf eine bestimmte Weise geregelt werden. Auf dieser Grundlage existieren die beiden Hauptklassen der Gesellschaft, Bourgeoisie und Proletariat. Die Bourgeoisie besitzt Kapital. Das ist angehäufter Reichtum, der der Bourgeoisie Macht über fremde Arbeit gibt. Damit sind nicht nur die Produktionsmittel (Fabriken, Immobilien und Ländereien) gemeint, sondern vor allem auch die Arbeitskräfte. Wenn eine Person eine Firma besitzt, kann sie Menschen für sich arbeiten lassen. Sie ist also ein_e Kapitalbesitzer_In, kurz Kapitalist_In.

Die andere Hauptklasse ist das Proletariat (auch Lohnarbeiter_Innen oder Arbeiter_Innenklasse genannt). Diese Klasse ist gezwungen, ihre Arbeitskraft an die Kapitalist_Innenklasse zu verkaufen. Sie besitzt keine Produktionsmittel (also keine Fabriken, Grundstücke usw.) außer ihre eigene Arbeitskraft und sie muss diese verkaufen, um selbst die Kosten für ihren Lebensunterhalt (inklusive von Kindern, Angehörigen, ...) bestreiten zu können. Die Lohnabhängigen sind zwar – im Gegensatz zu historischen Klassen wie Sklav_Innen und Leibeigenen – freie und formal gleiche Menschen wie die Kapitalist_Innen – aber sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, d.h. sie überlassen ihr Arbeitsvermögen den Unternehmen, denen daher auch die Produkte der Arbeit gehören.

> EINE WARE HAT EINEN GEBRAUCHSWERT UND EINEN TAUSCHWERT

Obwohl alle Menschen an der Wirtschaft mitwirken, entscheiden die Kapitalist_Innen, was produziert wird und wofür produziert wird. Die Kapitalist_Innenklasse versucht dabei, einen möglichst großen Profit zu erwirtschaften. Die eigentlichen Bedürfnisse der Menschen oder die Umweltfrage spielen bei ihren Entscheidungen dagegen eine untergeordnete Rolle.

Abhängig von dieser Basis ist auch der sogenannte gesellschaftliche Überbau. Damit ist z.B. Kultur, Familienbild, Rolle der Geschlechter, Ideologien (Nationalismus, Rassismus) menschliche Beziehungen und politisches System, wie z.B. parlamentarische *„Demokratie“*, Militärdiktatur, Monarchie, usw. gemeint. Der Staat entwickelte sich von Beginn an als Staat des Kapitals, dessen Aufgabe darin besteht, die allgemeinen Bedingungen der Produktion und der Klassenherrschaft sicherzustellen.

GEMEINSAME INTERESSEN VON LOHNARBEIT UND KAPITAL?

Lohnarbeiter_Innen können nur existieren, solange es Kapital gibt, an dem sie arbeiten können. Umgekehrt kann das Kapital nur existieren, wenn es Menschen gibt, die es mit ihrer Arbeit vermehren und erhalten; also wenn es Lohnarbeiter_Innen gibt, die ausgebeutet werden können. Kapital und Arbeit bedingen sich also gegenseitig. Wenn die Wirtschaft gut läuft, dann vermehrt sich das Kapital und damit auch die Lohnarbeit bis zu einem gewissen Maß. Die Herrschaft der Kapitalist_Innenenklasse dehnt sich also über einen größeren Teil von Menschen aus.

Profit und Arbeitslohn stehen dabei in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis: Steigt das eine, so muss das andere in demselben Maße fallen. Bourgeoisie und Proletariat haben also aufgrund ökonomischer Gesetzmäßigkeiten völlig unvereinbare Interessen. Die gesamte kapitalistische Gesellschaft bewegt sich deshalb in einem dauerhaften, mehr oder wenigen offenen Kampf dieser Klassen.

DAS MARX´SCHE WERTGESETZ

Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, welches auf Warenproduktion basiert. Waren sind Güter, die nicht für den eigenen Konsum, sondern für den Verkauf, also für den Markt, produziert werden. Sie haben zwei verschiedene Werte: Der eine ist der Gebrauchswert. Das ist der individuelle Nutzen, den eine Ware für einen bestimmten Menschen hat (zB. dass man auf einem Stuhl sitzen kann). Der andere Wert ist der Tauschwert (zB. dass man den Stuhl gegen etwas Anderes oder Geld Tauschen kann). Er beschreibt also das Verhältnis, in dem sich die Waren gegen andere Waren austauschen

lassen. Doch wie wird die Höhe dieses Wertes bestimmt?

Vereinfacht: Der Wert einer jeden Ware ist gleich ihren Produktionskosten. Was sind die Produktionskosten einer Ware? Grundlegend ist das die menschliche Arbeit. Der Wert aller Waren wird bestimmt durch die Menge der dafür verausgabten menschlichen Arbeit. Damit ist die menschliche Durchschnittsarbeit gemeint, die zu der Herstellung der Ware auf Grundlage der üblichen, *„durchschnittlichen"* Produktivität in einem bestimmten Zeitpunkt benötigt wird. Durchschnittsarbeit deshalb, da ein Produkt nicht mehr wert wird, wenn es eine langsam arbeitende Person herstellt, sonst würden die langsamsten Arbeiter_Innen ja die teuersten Produkte herstellen.

Ein Produkt ist also so viel Wert, wie menschliche Arbeit in ihm steckt. Mit dem Verkauf der Ware müssen auch die Betriebskosten von Maschinen, Energie, Rohstoffen usw. gedeckt werden. Deren Kosten ergeben sich wiederum aus der durchschnittlichen Arbeit, die zu deren Herstellung benötigt wird.

Angebot und Nachfrage beeinflussen nur den Preis einer Ware (nicht ihren Tauschwert). Sie geben aber nur die Schwankungen an, um die der tatsächliche Preis vom Wert der Ware abweicht, sind also dem oben dargestellten Wertgesetz untergeordnet.

DER MEHRWERT

Heute beziehen die Lohnabhängigen in Deutschland einen festen Stundenlohn, was zunächst eine gerechte Sache zu sein scheint.

Hinter dieser *„Gerechtigkeit"* steht aber Ausbeutung. Klären wir zunächst, was der Lohn ist. Er ist der Preis für die Ware Arbeitskraft. Diese Ware wird von den Arbeiter_Innen verkauft. Da die Arbeitskraft eine Ware wie jede andere auch ist, gilt für sie auch das Wertgesetz.

Die Kapitalist_Innen müssen die zur (Re-)produktion der Arbeitskraft nötigen Kosten zahlen.

In der Lohnform (dem Preis der Ware Arbeitskraft) erscheint es jedoch so, als würde die Bourgeoisie nicht die Arbeitskraft, sondern die gesamte Arbeit, die der Lohnabhängige verrichtet, bezahlen.

Die Reproduktionskosten der Arbeitskraft entsprechen aber eigentlich nur dem Wert der Waren, die zur Befriedigung der physiologischen Bedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung/Ausbildung, Erholung) und dem Fortbestehen der Arbeiter_Innenklasse, also Kinderversorgung und -erziehung, nötig sind. Hinzu kommt eine historisch-gesellschaftliche Komponente, die selbst durch die gesellschaftliche Entwicklung und Klassenkämpfe bestimmt wird. So gehört heute auch dazu ein Handy zu besitzen, Kultur zu erleben und in den Urlaub fahren zu können.

WIE ENTSTEHT NUN AUSBEUTUNG?

Die Arbeit, die beim Verbrauch der Ware Arbeitskraft entsteht, schafft mehr Wert, als die Reproduktion der Arbeitskraft kostet. Das kommt daher, dass ein Mensch bei der Produktion einer Ware menschliche Arbeit hinzufügt.

Der_die Kapitalist_In kauft zwar die Arbeitskraft zu ihrem Wert, aber hat er sie einmal gekauft, so lässt er_sie diese jedoch den ganzen Arbeitstag über arbeiten, also Wert schaffen.

So arbeitet z.B. eine Person in einer Fabrik z.B. 10 Stunden. Der Wert, den sie in 5 Stunden produziert, entspricht den Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft, dem Wert der Ware Arbeitskraft. Da die Bourgeoise jedoch die Arbeitskraft für 10 Stunden gekauft hat, kann sie ihren spezifischen Gebrauchswert, nämlich Arbeit zu verrichten, für die gesamte Zeit nutzen. Der in den „restlichen" 5 Stunden geschaffene Wert gehört also dem oder der Kapitalist_In, er_sie eignet sich diesen Mehrwert an.

Auf der Grundlage des Warentausches ist das „gerecht", weil der oder die Kapitalist_In den Arbeiter_Innen ihre Arbeitskraft tatsächlich bezahlt hat – und er_sie hat aber zugleich auch das „Recht" erhalten, diese Arbeitskraft für den gesamten Zeitraum des Arbeitstages zu nutzen.

Arbeiter_In und Kapitalist_In erscheint es jedoch so, dass die gesamte Arbeit gezahlt würde, dass es daher „bei einem guten Lohn" auch „gerecht" zugehen würde, die Ausbeutung wird also verschleiert.

Mehrwert kann auf verschiedene Weise gesteigert werden: Eine Möglichkeit ist die Verlängerung des Arbeitstages. Eine andere ist die Intensivierung des Arbeitstages durch z.B. einen beschleunigten Lauf von Maschinen.

Maschinen dagegen können keinen Wert schaffen. Sie übertragen nur ihren eigenen Wert auf ein Produkt. Wenn die Maschine irgendwann abgenutzt und kaputt ist, dann hat sie genau den Wert auf die Waren übertragen, der zu ihrer Produktion nötig war. Den Mehrwert für die Produktion der Maschine hat sich schon die/der Kapitalist_In eingestrichen, welche/welcher die Maschine produzieren lassen hat. Der Mehrwert wird verwendet, um das Kapital in Stand zu halten (Renovierung der Fabriken, Reparieren und Ersetzung von Maschinen), die Produktion auszuweiten und den Luxuskonsum der Kapitalist_Innenklasse zu finanzieren.

Im zweiten Teil wird es um die immer wieder auftretenden Krisen gehen.

Sexarbeit und ihre Bedeutung in einem kapitalistischen Weltsystem

TEIL 1

KATJUSCHA FORCELLA

Obwohl sie die Mitte der Gesellschaft bedienen, werden sie nach wie vor stigmatisiert, tabuisiert und an den Rand dieser gedrängt: Die Rede ist von den schätzungsweise 400.000 Menschen, die allein in Deutschland als sog. „Prostituierte“ tätig sind. 95% davon sind Frauen. Innerhalb der feministischen Szene gibt es unterschiedliche Positionen ob man den Begriff Sexarbeit oder Prostitution verwenden sollte. In diesem Artikel verwenden an dieser Stelle den Begriff der Sexarbeit für Jene, die den Beruf freiwillig ausüben und (Zwangs)Prostitution für Jene, darein gezwungen worden. Beide Begriffe beschreiben allerdings in erster Linie das Erbringen sexueller Handlungen gegen Entgelt und findet überwiegend in Bordellen und auf Straßenstrichen statt.

Die Arbeit in diesem Bereich ist sehr unterschiedlich und einer ziemlich starken gesellschaftlichen Schichtung unterworfen. Während beispielsweise viele Studentinnen im Escortbereich freiwillig einsteigen, bleibt Anderen nichts übrig als in Flatratebordelle zu arbeiten. Dem entsprechend unterschiedlich ist die Bezahlung. Davon abzugrenzen sind Menschen, die dazu gezwungen worden in dem Bereich zu arbeiten -also Zwangsprositution, welche unter anderem im Kontext von Menschenhandel stattfindet und näher beleuchtet werden soll.

ZWANGSPROSTITUTION UND OFFENE GRENZEN

Viele Mädchen und junge Frauen werden in Europa Opfer von skrupellosen Zuhälter_Innen und Menschenhändler_Innen zum Zwecke sexueller Ausbeutung. Betroffene kommen aus Osteuropa, Asien, Lateinamerika und Afrika, also vornehmlich aus Regionen, die von Krieg, Arbeitslosigkeit, imperialistischer Ausbeutung und politischer Instabilität erschüttert werden. Mittels leerer Versprechen, der „Loverboy“- Methode oder gar mit physischer Gewalt werden sie nach Europa gebracht, wo sie in die Prostitution gezwungen und an Zuhälter_Innen weiterverkauft werden. Diesen sind sie u.a. aufgrund fehlender Sprachkenntnisse ausgeliefert. Damit sie nicht fliehen, werden ihnen meist die Pässe abgenommen, was wiederum einer der Gründe ist, weshalb Betroffene so selten Anzeige erstatten. Darüber hinaus wird den Frauen mit Repressalien gegen ihre Familien im Herkunftsland gedroht, sollten sie sich den Anweisungen ihrer Zuhälter_Innen nicht fügen oder die Polizei informieren. In allen europäischen Ländern, Italien ausgenommen, sind Aufenthaltsgenehmigungen für Opfer von Menschenhandel an die Bedingung geknüpft, dass die Betroffenen einen entscheidenden Beitrag zum Verfahren gegen ihre Peiniger leisten. Diesen Beitrag können und wollen viele Frauen unter anderem aufgrund von möglichen Retraumatisierungen nicht leisten. Die Aufenthaltserlaubnis ist meist auf die Dauer des Verfahrens beschränkt und währendessen ist es den Frauen verboten, Lohnarbeit jeglicher Art nachzugehen. Diese Umstände halten die Betroffenen weiter in Abhängigkeit, verhindern oft einen gradlinigen Ausstieg aus der Zwangsprostitution und nötigen sie dazu, weiter in der Illegalität als Prostituierte zu arbeiten. Hinzu kommt die Angst vor Abschiebung wegen illegalem Aufenthalt.

Die Frage ist: Wie können wir den Betroffenen helfen? Menschenhandel ist bereits verboten -scheint aber nicht viel zu bringen. Sexarbeiter_Innen zu kriminalisieren bedeutet die Betroffenen noch mehr in die Illegalität zu treiben. Ähnliches passiert bei der Kriminaliserung von Freiern. Wer den Betroffenen wirklich helfen möchte, muss dafür eintreten, dass es offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für Alle gibt. Denn nur wer die Möglichkeit hat sich legal in anderen Ländern zu bewegen oder zu arbeiten, kann Menschenhandel entkommen. Darüber hinaus müssen wir für ein gesellschaftliches Mindesteinkommen, was an die Inflation und den Durchschnittslohn der Arbeiter_Innenklasse kämpfen. Denn nur so haben die Betroffenen die Möglichkeit der bestehenden Abhängigkeit und dem Zwang zu entkommen, da es gesamtgesellschaftliche Alternative gibt.

Deshalb sind wir für:

- **Offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für Alle! Für die Entkriminalisierung von Sexarbeit weltweit und uneingeschränkte Anerkennung des Aufenthalts- und Arbeitsrechts sowie aller anderen demokratischen Rechte für „Illegale“!**
- **Für ein gesellschaftliches Mindesteinkommen! Kostenlose Umschulungen für Prostituierte, sowie Ausbildungsmöglichkeiten!**
- **Kostenlose Gesundheitsversorgung und psychologische Unterstützung für Opfer von Menschenhandel!**

PROSTITUTION ALS TEIL DER FRAUENUNTERDRÜCKUNG IM KAPITALISMUS

Wie eingangs bereits erwähnt, sind überwiegend Frauen in der Prostitution tätig. Warum ist das so? Das Zusammenleben der Menschen, die Sexualität, sowie die jeweiligen Familienformen ist historisch gewachsen und in Abhängigkeit zur Produktionsweise der entsprechenden Gesellschaftsformen. So waren in den früheren „Urgesellschaften“ die Frauen den Männern gleichgestellt, statt einer bürgerlichen Familie existierten sogenannte Clans und Verwandtschaftsgruppen, die ihren Besitz kollektiv teilten, und auch die Arbeit wurde nicht nach Geschlechtern verteilt, sondern nach Alter und Fähigkeit. Erst mit der dadurch allmählichen Entstehung des Privateigentums und der Klassengesellschaft erhebt sich der Mann durch seine über die Frau, welche nun die Rolle der Hausfrau und Kindererzieherin einnimmt. In der „Urgesellschaft herrschte

unbeschränkter Geschlechtsverkehr innerhalb eines Stammes, so dass jede Frau jedem Mann und jeder Mann jeder Frau gleichmäßig gehörte“, wie Engels schreibt. Um die bestehenden Besitzverhältnisse aufrecht zu erhalten, ist es in einer Klassengesellschaft jedoch notwendig, dass der jeweilige Besitz nur innerhalb derselben Familie vererbt wird. Um die „rechtmäßige“ Weitergabe des Familienbesitzes zu sichern, wurde die Frau zur Monogamie gezwungen. Nur so konnte sichergestellt werden, dass alle ihre Kinder Erben desselben Mannes sind. Auch heute noch gilt für die Frauen diese Norm. Während Männer, die auf jeder Party mit einer anderen Frau „rummachen“ als „Frauenheld“ gelten, werden Frauen mit diesem Verhalten oft als „Schlampen“ beleidigt. Dies erklärt auch die anhaltende gesellschaftliche Stigmatisierung und Tabuisierung, die SexarbeiterInnen erfahren. Da der bürgerlichen Gesellschaft die Unterdrückung der Sexualität als Ganzes innewohnt, ist es unmöglich, eine gänzlich befreite Sexualität herzustellen, ohne eine befreite Gesellschaft erkämpft zu haben. Im Kapitalismus wird die Prostituierte immer zwangsläufig das notwendige Gegenstück zur bürgerlichen Familie darstellen – Männer werden als Freier auch zukünftig ihre tatsächlichen oder durch die Sex - und Werbeindustrie angeregten vermeintlichen sexuellen Bedürfnisse bei Prostituierten zu befriedigen versuchen, Bedürfnisse, denen die Frau in der Partnerschaft oder als Hausfrau nicht gewachsen zu sein scheint.

Daher fordern wir:

- **Abschaffung der Wurzel der Frauenunterdrückung international - für die Entstigmatisierung aller Sexarbeiterinnen und Prostituierten**
- **Volle Integration aller Frauen in den gesellschaftlichen Produktionsprozess mittels beruflicher Umschulungen und tariflich gebundener Arbeitsverhältnisse**
- **Schluss mit der Doppelbelastung von Arbeit und Familie: Für die Vergesellschaftung der Hausarbeit und Erziehung!**

XR: Was steht dahinter?

JAN HEKTIK

Extinction Rebellion ist bekannt als radikaler Teil der Umweltbewegung und als enger Bündnispartner von FridaysforFuture, grade in Großbritanien und den USA sind sie im Fokus der öffentlichen Debatte. Doch wofür stehen sie? Was sind ihre Taktiken? Und was ihre Stärken und Schwächen? Mit diesen Fragen möchte sich dieser Artikel Auseinandersetzen.

WER IST EXTINCTION REBELLION UND WELCHE METHODEN HABEN SIE?

XR ist eine auf öffentlichkeitswirksame Aktionen abzielende Organisation, die vor allem in Großbritanien viele Anhänger_innen und große Protestaktionen organisiert hat. Auch in Deutschland bestehen ca. 30 Ortsgruppen von XR. Zunächst einmal muss man freudig erwähnen, dass sie es geschafft haben, dass viele Jugendliche aktiv auf die Straße gehen und in Konflikt mit dem bürgerlichen Staat treten. Eine kämpfende Jugendbewegung ist nämlich schonmal eine gute Vorraussetzung dafür, dass wir unsere Ziele wirklich erreichen können. Weiterhin muss man anerkennen, dass diese Aktionen es geschafft haben (zumindest in GB, in Deutschland deutlich weniger) eine große Öffentlichkeit zu erzielen und so die öffentliche Debatte maßgeblich beeinflussen. Dies geschieht vor allem in Aktionen zivilen Ungehorsams wie Straßenblockaden aber auch in künstlerischen Protestformen wie z. B. Die Ins (sich an öffentlichen Orten massenweise totstellen). Grade in Großbritanien erreichten die Aktionen teilweise eine Größe von 6000 Teilnehmer_Innen (London 18.11.18) und führten inzwischen zu hunderten, wenn nicht tausenden Verhaftungen. Es ist aber auch erklärter Teil dieser Taktik Verhaftungen zu provozieren. Ziel dessen ist es, eine noch größere Öffentlichkeit zu schaffen, indem man zeigt, dass die Umweltzerstörung so relevant ist, dass die Aktivist_Innen massenhaft sogar die eigene Verhaftung in Kauf nehmen. Ein wichtiger Bestandteil davon ist auch, dass XR selbst gewaltfrei agieren will, damit die Öffentlichkeit kein Problem hat, sich auf unsere Seite zu stellen.

GIBT ES DABEI EIN PROBLEM?

Diese Taktik hat schon gewisse Grenzen. Einerseits kann sie momentan nur von einem begrenzten Kreis von Aktivist_Innen angewandt werden, insbesondere Menschen mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus können es sich schlicht nicht leisten verhaftet zu werden. Auch Menschen in bestimmten Berufen, mit offenen Verfahren oder auf Bewährung sind von solchen Aktionen ausgeschlossen. Andererseits ist es ein Fehler, wenn man zuviel Hoffnung in "die Öffentlichkeit" setzt. Die vorherrschenden Ideen in einer Gesellschaft sind nämlich nicht immer die sinnvollsten im Hinblick auf die Befreiung von Natur und Mensch, sondern spiegeln lediglich die momentanen Verhältnisse im Klassenkampf wider (siehe Rechtsruck). Deswegen reicht es auch

nicht aus, einfach nur auf bestimmte Mißstände wie den Klimawandel aufmerksam zu machen. Stattdessen müssen wir mit unseren Aktionen darauf abzielen selbst Veränderungen zu erreichen: Die klimaschädlichen Konzerne enteignen, also unter die Kontrolle von Räten zu bringen, die wähl- und abwählbar die Produktion nach unseren Bedürfnissen planen, statt dass es wie jetzt nur darum geht den größten Profit zu erwirtschaften. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der Gewaltfreiheit. Da es hierbei um das Überleben der Menschheit geht, ist eigentlich klar, dass im Notfall Gewalt angewendet werden muss. In der Tat ist die Alternative dazu, nämlich es weiter zulassen, dass Klimakiller unsere Umwelt zerstören alles andere als gewaltfrei, sie bedeutet nämlich massenhafte Vertreibung und letztlich die Zerstörung der Lebensgrundlage vieler Millionen Menschen. Wenn die Öffentlichkeit die Bewegung also verdammt, weil irgendein Konzernchef sich nicht freiwillig hat enteignen lassen, muss es andere Günde haben.

DIE POSITIONEN VON XR ODER WOFÜR STEHT XR?

1. *Tell the Truth (Sprecht die Wahrheit)!*
Die Regierung soll den Ernst der Lage anerkennen und einen Kilmanotstand ausrufen statt den Klimawandel zu leugnen oder das Problem herunterzuspielen. Außerdem soll in den Massenmedien darüber aufgeklärt werden.

2. *Act Now (Jetzt Handeln)!*
Die Regierung soll Maßnahmen ergreifen um den Verlust an Biodiversität zu verhindern und Nettotreibhausgasausstoß von null bis zum Jahr 2025 zu erreichen.

3. *Beyond Politics (Jenseits von Politik)!*
Es soll eine Kommission aus zuällig ausgewählten Staatsbürger_Innen einberufen werden. Dort sollen nach Vorträgen von "Expert_Innen" und Investor_Innen (!) Ratschläge an die Regierung ausgearbeitet werden.

Das sind die drei zentralen Forderungen von XR. Klingt ja ganz gut, Nettonull bis 2025 ist jedenfalls schonmal besser als bis 2030. Allerdings denken wir, dass man dennoch darüberhinaus gehen muss. Erfahrungsgemäß nützt es nämlich nichts, nur an die Regierung zu appelieren wie in den ersten zwei Forderungen. Die Ausrichtung auf die Bevölkerung in der dritten Forderung geht da in eine viel bessere Richtung, jedoch hat sie zweierlei Probleme. Statt eigene Entscheidungsorgane der Bevölkerung zu schaffen, wird (die in GB schon bestehende) "Bürgervesammlung" übernommen und damit auch die Nachteile davon. Dies sind eben nur Empfehlungsgremien und treffen keine direkt bindenden Entscheidungen, sie sind auch nur auf ein Thema beschränkt und oft nur lokal verankert. Die Umweltzerstörung ist aber ein globales Problem, welches nur international gelöst werden kann und so verbunden mit Fragen und Themen aller Bereiche (bspw. Industrie und Produktion, Verkehr, Energieversorgung etc), dass hier eine umfassende Änderung der Entscheidungsträger notwendig ist. Zweitens wird die Frage welche Klasse welches Interesse haben dadurch ausgeklammert. Die bürgerliche Klasse also die Eigentümer_Innen von Stromkonzernen, Autokonzernen und Transportunternehmen haben kein Interesse daran einen Klimaschutz zu schaffen, da er ihren Profitinteressen entgegensteht. Gleichzeitig haben genau diese durch ihre finanziellen Mittel die Möglichkeit sehr stark (z. B. durch Werbekampagnen und auch bezahlte Vertreter auf den Versammlungen) die Entscheidungen dieser Bürgerversammlungen zu beeinflussen. Was wir fordern sind Organe der Arbeiter_Innen zu schaffen, welche diese Entscheidungen zusammen mit Vertreter_Innen der Umweltorganisationen treffen und entschieden gegen den Widerstand der Konzerneigentümer kämpfen. Die ersten zwei Forderungen gehen über die Frage der Bitten an die Politik gar nicht hinaus. Das finden wir als Marxist_Innen problematisch, denn wir haben ein anderes Staatsverständnis. Der bürgerliche Staat ist für uns eine Interessensvertretung der herrschenden Klasse.

> DER STREIK MUSS NACH WIEVOR UNSER ZENTRALES KAMPFMITTEL BLEIBEN

WIE UMGEHEN MIT XR?

Wir glauben das es notwendig und richtig ist sich solidarisch mit XR zu zeigen, denn sie kämpfen für ein richtiges und notwendiges Ziel. Sie schaffen es tausende Jugendliche anzusprechen, zu politisieren und in einen Konflikt mit dem herrschenden System und seinen Repressionsorganen zu bringen. Die Aktionsformen von XR machen wenig Sinn solange sie von vereinzelten Kleingruppen ausgeübt werden. Dort wo sich Massen an den Aktionen beteiligen, sind sie allerdings ein guter Mobilisierungsfaktor und können eine sinvolle Ergänzung zum Schulstreik sein. Trotzdem muss der Streik nachwievor unser zentrales Kampfmittel sein. Die Erweiterung dieser Aktionsform sollte hauptsächlich in eine Richtung gehen, die denjenigen, die vom Klimawandel profitieren wehtut: Die Arbeiter_Innenklasse davon überzeugen mitzustreiken und die Produktion selbst in die Hand zu nehmen.

Die Politiker_Innen haben sich nie an die Wahrheit gehalten und sie werden es niemals tun! Sie haben niemals schnell gehandelt, wenn dies gegen die Profitinteressen gegen die Reichen ging und werden auch das niemals tun! Alles was uns bleibt ist selbst zu handeln, selbst zu kämpfen und ihren Widerstand zu brechen! Für eine Erde die eine Zukunft für die Menschheit bietet! Für eine Welt die international und ohne Grenzen gegen Umweltzerstörung vorgeht und die Schäden wiederherstellt! Für eine Welt in der die Menschen leben können! Für den Sozialismus!

FRANKFURT AM MAIN:

ussteigen-Demo gegen Internationale Automobilausstellung!

Heute demonstrierten wir zusammen mit 25.000 Menschen in Frankfurt am Main gegen die Autokonzerne und für eine Verkehrswende. Allein 18.000 Menschen beteiligten sich an Fahrradsternfahrten, 8.000 zogen zu Fuß durch Stadt. GenossInnen von GAM und REVOLUTION trugen dabei eine antikapitalistische Perspektive in die Bewegung.

Autoindustrie entmachten heißt Autokapital enteignen!

Kostenloser ÖPNV, Fahrradweg- und Bahnausbau bezahlt durch Profite von VW, Daimler und Co!

DORTMUND:

Gemeinsam mit 1500 Jugendlichen waren wir mit einer Delegation bei Sommerkongress von Fridaysforfuture in Dortmund dabei. Allein die große Teilnehmer_Innenzahl sagt uns schon, dass der Soko ein Erfolg gewesen ist. Hier bot sich die Gelegenheit mit der (bundesweiten) Bewegung wichtige Fragen zu diskutieren: Wie können wir weiter wachsen statt abzuebben? Wie können wir uns gegen Angriffe von Schulleitungen und anderen verteidigen? Wie können wir den Kampf fürs Klima mit dem Kampf gegen Rassismus und anderen wichtigen Bewegungen zusammenführen? Welches Programm, welche Forderungen brauchen wir jetzt, um die Klimakrise noch aufzuhalten?Wir fanden es insbesondere sinnvoll, dass es Vernetzungstreffen der antikapitalistischen Plattform Changeforfuture gab, an denen wir uns auch beteiligt haben.Leider war wieder zu bemerken, dass wir es als Bewegung noch nicht geschafft haben eine gewisse Trennung aufzuheben zwischen dem "Kopf" der Bewegung, der die ideologische Führung innehat und der Masse, die die Politik der Bewegung auf der Straße umsetzt. Dafür hätten wir es sehr gut gefunden den Soko zu nutzen, um wichtige Fragen in einem kollektiven Rahmen zu debattieren und dann v.a. verbindliche Entscheidungen gemeinsam zu treffen, anstatt dies wieder einem kleineren Kreis zu überlassen.

BERLIN:

Wir waren beim Berliner CSD anwesend und haben dort unter dem Motto "No pride in deportation" den Wagen des Auswertigen Amtes blockiert. Seit langem nehmen Unternehmen, Parteien und Ämter am CSD teil um zu beweisen wie queer und fortschrittlich sie doch sind. Dabei tun sie in den Betrieben nix oder verantworten wie das Auswertige Amt Abschiebungen von LGBTIA mit und handeln Verträge aus, die sie an der Flucht hindern. Wir wollten dieses pinkwashing nicht unkommentiert lassen und zeigen, dass queerliberation antikapitalistisch und antirassistisch ist! Wer Interesse auf mehr hat: Unseren Flyer findet ihr auf unserem Instagramaccount in Deutsch und Englisch.

germany@onesolutionrevolution.de

/revo.germany

onesolutionrevolution.de

Wieso ist der Rechtsruck im Osten besonders stark?

JONATHAN FRÜHLING

„Der Rechtsruck ist bloß ein Phänomen des Ostens!" wäre wohl die Folgerung aus den ständigen Witzen und Beiträge über die Rechte in Ostdeutschland. Das entspricht jedoch nicht der Wahrheit, denn auch im Westen gibt es wachsende Probleme mit Nazis, AfD & Co! Hingegen stimmt es aber, dass die Rechten in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland sind. So hatte die AfD bei den Bundestagswahlen 2017 im Osten (ohne Berlin) jeweils um die 20% der Stimmen bekommen; im Westen waren es *„nur"* um die 10%. In Dresden ist die PEGIDA-Bewegung ansässig, die zu Spitzenzeiten zehntausende Rassist_Innen auf die Straße brachte. Bis die AfD kam, saß die NPD sogar in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag. Ebenso sind Nazikameradschaften und rechte Fußballfankultur vermehrt im Osten anzutreffen und die rechte Gewalt ist in den östlichen Bundesländern pro Einwohner oft 3-5 mal höher als im Westen. Woher kommt das?

WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM OSTEN

Die Wiedervereinigung war für die Wirtschaft in der DDR eine totale Katastrophe. Profitieren sollte davon nämlich vor allem der Westen. Genauer gesagt: Die westdeutsche Bourgeoisie. Sie eignete sich die profitablen Firmen an und erschloss mit ihren Produkten den Absatzmarkt in Ostdeutschland. Selbst profitable Unternehmen, wie z.B. das Kohlekraftwerk *„Schwarze* Pumpe" wurden abgerissen, damit Firmen aus dem Westen den Markt bedienen konnten. Die Wirtschaftsleistung der DDR sank deshalb Anfang der 90er um ca. 35%. Dies befeuerte die Abwanderung aus dem Osten massiv und sorgte dafür, dass bis Mitte der 90er Jahre 1,4 Millionen Leute aus dem Osten in den Westen gingen. Bis heute hat sich Ostdeutschland nicht von diesem wirtschaftlichen Schock erholt. Die Arbeitslosigkeit liegt mit 9,2 % immer noch fast doppelt so hoch wie im Westen (5,7%). Auch die Armut wächst in Ostdeutschland schneller als im Westen. Die Zahl der Erwerbstätigen im Osten hat erst 2004 ihren Tiefpunkt erreicht und konnte bis heute nicht mehr auf das Niveau der DDR steigen. Die Löhne sind ca. 20% niedriger als in den alten Bundesländern. Selbst die Lebenserwartung ist im Osten geringer als im Westen.

Doch die Stärke der Rechten muss auch politisch erklärt werden. Der Stalinismus war vielen in der DDR verhasst. Die offensichtlichen Privilegien der Bürokrat_Innen und die gesellschaftliche Kontrolle durch die Polizei taten dort ihren Dienst. Nach dem Zusammenbruch wandten sich die Menschen trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage von der DDR ab, da diese eben auch auf der ökonomischen Ebene abgewirtschaftet hatte. Zudem wurde der Nationalismus von der Wiedervereinigung befeuert, woran sich die Leute in ihrer verzweifelten Situation klammerten. Dies ist auch der Weg, mit dem die AfD und andere rechte Gruppen auch heute noch versuchen, die Menschen um sich zu scharren.

> RECHTE GEWALT IST IM OSTEN PRO EINWOHNER 3-5 MAL HÖHER ALS IM WESTEN.

SCHWÄCHE DER LINKEN

Bis zum heutigen Tage findet aber auch noch eine zweite wichtige politische Entwicklung im Osten statt: Das Versagen des Reformismus. In den beiden rot-roten Regierung in Berlin von 2001-2011 wurden die Schulden der Bankengesellschaft Berlin auf die Steuerzahler_Innen umgelegt, massiven Angriffe auf den öffentlichen Dienst gefahren und massenweise staatliche Wohnungen abgestoßen. Momentan erleben wir übrigens eine Wiederauflage dieser Politik. In Brandenburg hat die Linkspartei ihre Oppositionspolitik wie so oft als Regierungspartei in ihr Gegenteil verkehrt. Gegen Braunkohleabbau und repressive Polizeigesetze wetterte man in der Opposition, führte jedoch beides weiter, sobald man an der Regierung war. Deshalb wird die Linkspartei im Osten schon seit Jahren als keine richtige Alternative gesehen. Ähnliches gilt für die SPD. Gerade auch durch die Regierung Schröder verlor die SPD massiv an Rückhalt im Osten, sodass sie in den neuen Bundesländern in dieser Zeit teilweise fast 16% einbüßte. Grund waren die Kriege im Kosovo und Afghanistan, die Fortsetzung der Nutzung von Atomstrom und die Einführung der Agenda 2010, die die Anzahl der Armen in Deutschland explodieren lassen hat.

Auch die Gewerkschaften haben in der DDR abgewirtschaftet. Nach der Wende traten die Hälfte der Arbeiter_Innen in den DGB ein. Da der DGB aber nicht viel gegen den wirtschaftlichen Verfall ausrichten konnte, traten fast die Hälfte der 4,2 Millionen Mitglieder nach kurzer Zeit wieder aus dem DGB aus. Seitdem haben die Gewerkschaften unzählige Male die Schließung von Werken mitgetragen oder verkauften Streiks. Eine weitere große Austrittswelle musst der DGB nach dem abgebrochenen Kampf um die 35-Stunden-Woche 2003 hinnehmen. 2012 lag der Organisierungsgrad der Beschäftigten im Osten nur noch bei 17,2 %.

Da also die reformistische Linke so kläglich scheiterte, haben die Rechten leichtes Spiel, mit ihren rassistische Erklärungen für diese miserable Lage Erfolg zu haben und den Wut der Menschen zu bündeln, ohne dabei wirklich ihre Lage verbessern zu können oder zu wollen! Der massive Rechtsruck in den neuen Bundesländern ist also keine Entwicklung, die nur an der Vergangenheit während der DDR festgemacht werden kann oder daran liegt dass die Leute *„dümmer"* sind. Entscheidend ist vielmehr die Vergangenheit Ostdeutschlands seit der Wiedereinführung des Kapitalismus, von dem sich die Region nicht wieder erholt hat. Ebenso hat der jahrelange soziale Ausverkauf dazu geführt, dass die Menschen den Glauben an die politischen Kräfte verloren haben. Deshalb kann nur ein entschlossene revolutionäre Linke, die hält, was sie verspricht, eine Perspektive gegen die Misere seit der Einheit darstellen!